

## **Gesamte Rechtsvorschrift für Doppelbesteuerung – Einkommensteuer (Türkei), Fassung vom 26.02.2024**

### **Langtitel**

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Türkei zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen samt Protokoll  
StF: BGBl. III Nr. 96/2009 (NR: GP XXIII RV 526 AB 614 S. 63. BR: AB 7972 S. 757.)

### **Sonstige Textteile**

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des gegenständlichen Staatsvertrages samt Protokoll wird gemäß Art. 50 Abs. 1 Z 1 B-VG genehmigt.

### **Ratifikationstext**

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 17. Juli 2009 ausgetauscht; das Abkommen tritt daher gemäß seinem Art. 28 Abs. 2 am 1. Oktober 2009 in Kraft.

### **Präambel/Promulgationsklausel**

Die Republik Österreich und die Republik Türkei, von dem Wunsche geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen abzuschließen,

haben Folgendes vereinbart:

### **Text**

#### **Artikel 1**

##### **UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE PERSONEN**

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

#### **Artikel 2**

##### **UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE STEUERN**

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen, die für Rechnung eines Vertragsstaates oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen oder von Teilen des Einkommens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in Österreich:

i) die Einkommensteuer;

ii) die Körperschaftsteuer;

(im Folgenden als „österreichische Steuer“ bezeichnet);

- b) in der Türkei:
- i) die Einkommensteuer;
  - ii) die Körperschaftsteuer;
- (im Folgenden als „türkische Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen bedeutsamen Änderungen mit.

### Artikel 3

#### ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

- (1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,
- a) i) bedeutet der Ausdruck „Österreich“ das Hoheitsgebiet, das in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht unter der Staatshoheit der Republik Österreich steht;
  - ii) bedeutet der Ausdruck „Türkei“ das türkische Hoheitsgebiet, einschließlich der Hoheitsgewässer und des darüber befindlichen Luftraums, sowie die Meeresgebiete, hinsichtlich derer sie nach dem Völkerrecht Jurisdiktion und Hoheitsrechte für die Erforschung, Ausbeutung und Erhaltung von Bodenschätzen hat;
  - b) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“, je nach dem Zusammenhang, Österreich oder die Türkei;
  - c) bedeutet der Ausdruck „Steuer“ alle unter Artikel 2 dieses Abkommens fallende Steuern;
  - d) umfasst der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
  - e) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
  - f) bedeutet der Ausdruck „gesetzlicher Hauptsitz“ den gesetzlich bestimmten Sitz (Kanuni merkez, Sitz) im Sinne des türkischen Handelsgesetzbuchs oder im Sinne der österreichischen Bundesabgabenordnung;
  - g) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
    - i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt;
    - ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist;
  - h) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
  - i) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
    - i) in Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
    - ii) in der Türkei: den Finanzminister oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
  - j) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

### Artikel 4

#### ANSÄSSIGE PERSON

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen

Aufenthalts, ihres gesetzlichen Hauptsitzes, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat und seine Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat steuerpflichtig ist.

- (2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:
- a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
  - b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt der Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
  - c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
  - d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bemühen, die Frage in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bemühen, die Frage in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln und festzulegen, wie dieses Abkommens auf diese Person anzuwenden ist. In Ermangelung eines solchen Einvernehmens hat die Person keinen Anspruch darauf, im Abkommen vorgesehene Steuervergünstigungen oder –befreiungen geltend zu machen.

## Artikel 5

### BETRIEBSTÄTTE

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

- (2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst insbesondere:
- a) einen Ort der Leitung,
  - b) eine Zweigniederlassung,
  - c) eine Geschäftsstelle,
  - d) eine Fabrikationsstätte,
  - e) eine Werkstätte und
  - f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage oder eine damit zusammenhängende Überwachungstätigkeit ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn diese Ausführung, Montage oder Tätigkeit die Dauer von 6 Monaten überschreitet.

- (4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:
- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
  - b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
  - c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
  - d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
  - e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
  - f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter lit. a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person - mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 – in einem Vertragsstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats tätig, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es im erstgenannten Vertragsstaat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebstätte, wenn diese Person

- a) in diesem Staat die Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und sie die Vollmacht dort gewöhnlich ausübt, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebstätte machen; oder
- b) keine solche Vollmacht besitzt, jedoch im erstgenannten Staat gewöhnlich Bestände von Gütern oder Waren unterhält, von denen sie gewöhnlich Güter oder Waren für das Unternehmen ausliefert.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebstätte der anderen.

## Artikel 6

### EINKÜNFTE AUS UNBEWEGLICHEM VERMÖGEN

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe (einschließlich der Fischzucht und Fischbewirtschaftung), die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbstständigen Arbeit dient.

## Artikel 7

### UNTERNEHMENSGEWINNE

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Geschäftstätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbstständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebstätte werden die für diese Betriebstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten,

zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(5) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

## Artikel 8

### SEESCHIFFFAHRT UND LUFTFAHRT

(1) Gewinne, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr bezieht, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Im Sinne dieses Artikels umfassen Gewinne, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr bezieht, unter anderem Gewinne aus der Benutzung oder der Vermietung von Containern, wenn diese Gewinne neben den unter Absatz 1 fallenden Gewinnen anfallen.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

## Artikel 9

### VERBUNDENE UNTERNEHMEN

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet - und entsprechend besteuert -, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und behauptet der erstgenannte Staat, dass es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche handelt, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor, wenn der andere Staat die Änderung für begründet hält. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

## Artikel 10

### DIVIDENDEN

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, nicht übersteigen:

- a) in Österreich:

- i) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
  - ii) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen;
- b) in der Türkei:
- i) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt, vorausgesetzt, dass diese Dividenden in Österreich von der Besteuerung ausgenommen sind;
  - ii) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussaktien oder Genussscheinen, Gründeranteilen oder anderen Rechten - ausgenommen Forderungen - mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind, und Einkünfte, die aus einem Investmentfonds und Investmenttrust bezogen werden.

(4) Gewinne einer Gesellschaft eines Vertragsstaats, die ihre Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte ausübt, dürfen, nachdem sie nach Artikel 7 besteuert worden sind, hinsichtlich des übrigen Betrages in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich die Betriebstätte befindet; die Steuer darf aber 5 vom Hundert des übrigen Betrages nicht übersteigen.

(5) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(6) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat - vorbehaltlich des Absatzes 4 dieses Artikels - weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebstätte gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

## Artikel 11

### ZINSEN

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Zinsen eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen, die für Darlehen oder Kredite gezahlt werden, die von der Österreichischen Kontrollbank AG zur Förderung des Exportes, oder einem ähnlichen öffentlichen Rechtsträger der Türkei, dessen Zweck die Förderung des Exportes ist, gewährt, garantiert oder versichert werden;
- b) 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen, wenn die Zinsen von einer Bank bezogen werden;
- c) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen in allen anderen Fällen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 sind Zinsen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, von der Besteuerung ausgenommen, wenn sie an den anderen Vertragsstaat oder an die Zentralbank dieses Staates gezahlt werden.

(4) Einkünfte aus Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder aus partiarischen

Darlehen und Gewinnobligationen dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden.

(5) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen.

(6) Die Absätze 1, 2, 3 und 4 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(7) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(8) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

## Artikel 12

### LIZENZGEBÜHREN

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen:

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme und Aufnahmen für Rundfunk und Fernsehen, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen gezahlt werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und gehören die Rechte oder Vermögenswerte, die den Lizenzgebühren zugrunde liegen, tatsächlich zu der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen

an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

### Artikel 13

#### GEWINNE AUS DER VERÄUSSERUNG VON VERMÖGEN

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen bezieht, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2 und 3 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist. Die im vorstehenden Satz genannten und aus dem anderen Vertragsstaat bezogenen Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen dürfen jedoch in dem anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn der Zeitraum zwischen Anschaffung und Veräußerung ein Jahr nicht übersteigt.

### Artikel 14

#### SELBSTÄNDIGE ARBEIT

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden. Diese Einkünfte dürfen jedoch auch im anderen Vertragsstaat besteuert werden; wenn dieser Beruf oder diese Tätigkeit im anderen Staat ausgeübt wird und wenn

- a) der Person im anderen Staat für die Ausübung dieses Berufes oder dieser Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht; oder
- b) die Person sich im anderen Staat für die Ausübung dieses Berufes oder dieser Tätigkeit insgesamt 183 Tage oder länger innerhalb eines durchgehenden Zeitraums von 12 Monaten aufhält.

Unter diesen Umständen dürfen die Einkünfte im anderen Staat nur insoweit besteuert werden, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können, beziehungsweise für die freiberufliche oder eine sonstige selbständige Tätigkeit bezogen werden, welche die Person während ihres Aufenthaltes im anderen Staat ausübt.

(2) Einkünfte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats aus einem freien Beruf oder aus einer sonstigen Tätigkeit ähnlicher Art bezieht, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden. Diese Einkünfte dürfen jedoch auch im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn dieser Beruf oder diese Tätigkeit im anderen Staat ausgeübt wird und wenn

- a) das Unternehmen im anderen Staat eine Betriebsstätte hat, durch die der Beruf oder die Tätigkeit ausgeübt wird; oder
- b) der Zeitraum, während dessen der Beruf ausgeübt wird, insgesamt 183 Tage innerhalb eines durchgehenden Zeitraums von 12 Monaten überschreitet.

Unter diesen Umständen dürfen die Einkünfte im anderen Staat nur insoweit besteuert werden, als sie dieser Betriebsstätte beziehungsweise der im anderen Staat ausgeübten freiberuflichen oder sonstigen selbständigen Tätigkeit zugerechnet werden können. In beiden Fällen hat das Unternehmen das Wahlrecht, im anderen Staat in Bezug auf diese Einkünfte nach Artikel 7 dieses Abkommens besteuert zu werden, so als ob diese Einkünfte einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte des Unternehmens zuzurechnen wären. Dieses Wahlrecht berührt nicht das Recht des anderen Staates, von diesen Einkünften eine Abzugsteuer zu erheben.

(3) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfasst insbesondere die selbstständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbstständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen und andere Tätigkeiten, die besondere fachliche Fähigkeiten erfordern.

## Artikel 15

### EINKÜNFTE AUS UNSELBSTÄNDIGER ARBEIT

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18, 19 und 20 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten, der während des betreffenden Kalenderjahres beginnt oder endet, aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betrieben wird, ausgeübt wird, in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

## Artikel 16

### AUFSICHTSRATS- UND VERWALTUNGSRATSVERGÜTUNGEN

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

## Artikel 17

### KÜNSTLER UND SPORTLER

(1) Ungeachtet der Artikel 14 und 15 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Einkünfte, die ein Künstler oder Sportler aus einer in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit bezieht, sind in diesem Staat von der Besteuerung ausgenommen, wenn der Aufenthalt in diesem Staat ganz oder vorwiegend aus öffentlichen Kassen des anderen Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften unterstützt wird.

## Artikel 18

### RUHEGEHÄLTER

(1) Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 2 dieses Abkommens dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, und Zahlungen, die auf Grund des

Sozialversicherungssystem eines Vertragsstaats geleistet werden, sowie Renten im Sinne des Absatzes 2 dieses Artikels nur in dem Staat besteuert werden, in dem der Empfänger ansässig ist.

(2) Der Ausdruck „Rente“ bedeutet einen bestimmten Betrag, der regelmäßig und zu bestimmten Zeiten auf Lebenszeit oder während eines bestimmten oder bestimmbaren Zeitabschnitts auf Grund einer Verpflichtung zahlbar ist, die diese Zahlungen als Gegenleistung für eine in Geld oder Geldeswert erbrachte angemessene Leistung vorsieht.

## Artikel 19

### ÖFFENTLICHER DIENST

- (1) a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und
  - i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
  - ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.
- (2) a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder aus einem von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Ruhegehälter dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.
- (3) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 15, 16, 17 oder 18 anzuwenden.
- (4) Die Absätze 1 und 3 dieses Artikels gelten auch für Vergütungen, die an den österreichischen Handelsdelegierten in der Türkei und an das Personal dieser österreichischen Außenhandelsstelle gezahlt werden, sowie für Vergütungen, die von der türkischen Handelskammer an eine natürliche Person für die dieser Handelskammer geleisteten Dienste gezahlt werden.

## Artikel 20

### STUDENTEN

- (1) Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden.
- (2) Vergütungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der in einem Vertragsstaat ansässig ist oder vorher dort ansässig war, für eine Beschäftigung bezieht, die er in dem anderen Vertragsstaat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres ausübt, dürfen in dem anderen Staat nicht besteuert werden, wenn die Beschäftigung in unmittelbarem Zusammenhang mit seinen im erstgenannten Staat ausgeübten Studien oder seiner dort ausgeübten Ausbildung steht.

## Artikel 21

### ANDERE EINKÜNFTE

- (1) Einkünfte, die aus einem Vertragsstaat stammen und in den vorstehenden Artikeln nicht ausdrücklich genannt wurden, dürfen in diesem Staat besteuert werden.
- (2) Einkünfte, die aus Quellen außerhalb der beiden Vertragsstaaten stammen, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Empfänger der betreffenden Einkünfte ansässig ist.

## Artikel 22

### VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG

Die Doppelbesteuerung wird wie folgt vermieden:

- (1) In Österreich:
- a) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte und dürfen diese Einkünfte nach diesem Abkommen in der Türkei besteuert werden, so nimmt Österreich vorbehaltlich der lit. b bis e diese Einkünfte von der Besteuerung aus.
  - b) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte, die nach Artikel 10 Absatz 2, Artikel 11 Absätze 2 und 4, Artikel 12 Absatz 2, Artikel 13 Absatz 4 zweiter Satz und Artikel 21 Absatz 1 in der Türkei besteuert werden dürfen, so rechnet Österreich auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in der Türkei gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus der Türkei bezogenen Einkünfte entfällt.
  - c) Dividenden im Sinne des Artikels 10 Absatz 2 lit. b sublit. i, die von einer in der Türkei ansässigen Gesellschaft an eine in Österreich ansässige Gesellschaft gezahlt werden, sind, vorbehaltlich der entsprechenden Bestimmungen des innerstaatlichen Rechts Österreichs, in der Fassung allfälliger künftiger, ihren allgemeinen Charakter wahrer Änderungen, aber ungeachtet allfälliger nach diesem Recht abweichender Mindestbeteiligungserfordernisse, in Österreich von der Besteuerung ausgenommen.
  - d) Einkünfte einer in Österreich ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Österreich auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Österreich bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen der Person einbezogen werden.
  - e) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Zinsen oder Lizenzgebühren aus der Türkei und werden diese Zinsen oder Lizenzgebühren in der Türkei mit einem Steuersatz besteuert, der bei Zinsen niedriger ist als die in Artikel 11 Absatz 2 lit. a bis c vorgesehenen Sätze, und bei Lizenzgebühren weniger als 10 vom Hundert beträgt, so wird auf die von den Zinsen beziehungsweise Lizenzgebühren zu erhebende österreichische Steuer der Betrag angerechnet, der bei Zinsen je nach Lage des Falles 5, 10 beziehungsweise 15 vom Hundert und bei Lizenzgebühren 10 vom Hundert des Bruttobetrags dieser Zinsen oder Lizenzgebühren entspricht.
- (2) In der Türkei:
- a) Vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen der Türkei in Bezug auf die Anrechnung der in einem Gebiet außerhalb der Türkei zu zahlenden Steuer auf die türkische Steuer wird die nach österreichischem Recht und nach diesem Abkommen zu zahlende österreichische Steuer für Einkünfte (einschließlich Gewinne und steuerpflichtige Gewinne aus Veräußerungsgeschäften), die eine in der Türkei ansässige Person aus österreichischen Quellen bezieht, auf die vom Einkommen zu erhebende türkische Steuer angerechnet. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Betrag der vor der Anrechnung ermittelten türkischen Steuer nicht übersteigen, der auf diese Einkünfte entfällt.
  - b) Einkünfte einer in der Türkei ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in der Türkei auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in der Türkei bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen der Person einbezogen werden.

## Artikel 23

### GLEICHBEHANDLUNG

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Vorbehaltlich des Artikels 10 Absatz 4 darf die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 8 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung noch damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

## Artikel 24

### VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 23 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls auch durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

## Artikel 25

### INFORMATIONSAUSTAUSCH

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung der Vertragsstaaten oder ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, erforderlich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Satz 1 genannten Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public widerspräche.

## Artikel 26

### AMTSHILFE BEI DER VOLLSTRECKUNG VON STEUERN

Die Vertragsstaaten verpflichten sich, einander bei der Vollstreckung der Steuern insoweit Hilfe zu leisten, als dies erforderlich ist um sicherzustellen, dass die durch dieses Abkommen gewährte Entlastung von der Steuer eines Vertragsstaats nicht Personen zugutekommt, die hiezu nicht berechtigt sind, wobei vorausgesetzt wird, dass

- a) der ersuchende Staat eine durch die zuständige Behörde beglaubigte Ausfertigung eines Dokumentes beibringt, in der ausdrücklich festgestellt wird, dass die darin aufscheinenden Beträge, für deren Vollstreckung das Einschreiten des anderen Staates begehrt wird, rechtskräftig festgesetzt und vollstreckbar sind;
- b) ein Dokument, das nach diesem Artikel beigebracht wird, von dem ersuchten Staat gemäß seinen gesetzlichen Vorschriften als vollstreckbar erklärt wird. Es wird weiters bestimmt, dass dieses Dokument nach geltendem österreichischen Recht vom zuständigen Finanzamt als vollstreckbar erklärt wird;
- c) der ersuchte Staat bei der Vollstreckung nach den Rechtsvorschriften vorgeht, die für die Vollstreckung seiner eigenen gleichartigen Steuerforderungen vorgesehen sind, wobei jedoch die einzubringenden Steuerforderungen im ersuchten Staat nicht als bevorrechtete Forderungen behandelt werden. Der Antrag auf gerichtliche Vollstreckung wird in der Republik Österreich von der Finanzprokurator oder von dem an ihrer Stelle zuständigen Finanzamt gestellt; und
- d) Einwendungen gegen Bestand oder Höhe der Forderungen ausschließlich der Entscheidung durch die zuständige Stelle des ersuchenden Staates vorbehalten sind.

Dieser Artikel verpflichtet keinen Vertragsstaat, Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von jenen abweichen, die bei der Einbringung der eigenen Steuern vorgenommen werden, oder die seiner Souveränität, Sicherheit, dem Ordre Public oder seinen wesentlichen Interessen widersprechen.

## Artikel 27

### MITGLIEDER DIPLOMATISCHER MISSIONEN UND KONSULARISCHER VERTRETUNGEN

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

## Artikel 28

### IN-KRAFT-TRETEN

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der dem Monat unmittelbar folgt, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist, und seine Bestimmungen finden für alle Besteuerungszeiträume Anwendung, die nach dem 31. Dezember des Kalenderjahres beginnen, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist.

(3) Das zwischen der Republik Österreich und der Türkischen Republik am 3. November 1970 in Wien unterzeichnete Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung bestimmter anderer Fragen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen <sup>1</sup> findet ab dem Zeitpunkt nicht mehr Anwendung, in dem dieses Abkommen gemäß Absatz 2 dieses Artikels Wirksamkeit erlangt.

<sup>1</sup> Kundgemacht in BGBl. Nr. 595/1973.

## Artikel 29

### KÜNDIGUNG

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann es am oder vor dem 30. Juni eines jeden Kalenderjahres nach Ablauf von fünf Jahren nach seinem In-Kraft-Treten schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung auf Besteuerungszeiträume, die nach dem 31. Dezember des Kalenderjahres beginnen, in dem die Kündigung erfolgt ist.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 28. März 2008, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, türkischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

### PROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Republik Türkei zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen sind die Gefertigten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil dieses Abkommens bilden.

#### **1. Zu Artikel 10 Absatz 2 lit. b sublit. i**

In Bezug auf Artikel 10 Absatz 2 lit. b sublit. i bestätigt die zuständige österreichische Behörde, ob die Voraussetzungen für die Befreiung der Dividenden nach dem innerstaatlichen Recht Österreichs erfüllt sind oder nicht.

#### **2. Zu den Artikeln 12 und 13**

In Bezug auf die Artikel 12 und 13 des Abkommens gilt als vereinbart, dass bei Vergütungen, die für den Verkauf von Vermögen gezahlt werden, Artikel 13 Anwendung findet, es sei denn, es wird nachgewiesen, dass die betreffende Zahlung keine Zahlung für die tatsächliche Veräußerung dieses Vermögens darstellt. In diesem Fall ist Artikel 12 anzuwenden.

#### **3. Zu Artikel 21**

Einkünfte auf Grund gesetzlicher Versorgungsrechtsansprüche, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem anderen Vertragsstaat bezieht, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, wenn sie nach dem Recht des anderen Vertragsstaats von der Besteuerung ausgenommen wären.

#### **4. Zu Artikel 22 Absatz 1 lit. e**

Es gilt als vereinbart, dass Artikel 22 Absatz 1 lit. e keine Anwendung findet, wenn die Form eines Geschäfts, das zur Anwendung dieser Bestimmung führt, hauptsächlich deshalb gewählt wurde, um Steuern zu vermeiden.

#### **5. Zu Artikel 24 Absatz 2**

Es gilt als vereinbart, dass in Bezug auf Artikel 24 Absatz 2 im Fall der Türkei der Steuerpflichtige den Antrag auf Rückerstattung, die sich auf Grund des Verständigungsverfahrens ergibt, innerhalb eines Zeitraums von 1 Jahr stellen muss, nachdem die Steuerverwaltung dem Steuerpflichtigen das Ergebnis des gegenseitigen Einvernehmens mitgeteilt hat.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 28. März 2008, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, türkischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

---

Jahrgang 2009

Ausgegeben am 27. August 2009

Teil III

---

**96. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Türkei zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen samt Protokoll**  
(NR: GP XXIII RV 526 AB 614 S. 63. BR: AB 7972 S. 757.)

---

### 96.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des gegenständlichen Staatsvertrages samt Protokoll wird gemäß Art. 50 Abs. 1 Z 1 B-VG genehmigt.

#### **Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Türkei zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen samt Protokoll**

[Vertragstext in deutscher Sprache siehe Anlagen]

[Vertragstext in englischer Sprache siehe Anlagen]

[Vertragstext in türkischer Sprache siehe Anlagen]

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 17. Juli 2009 ausgetauscht; das Abkommen tritt daher gemäß seinem Art. 28 Abs. 2 am 1. Oktober 2009 in Kraft.

**Faymann**

**ABKOMMEN  
ZWISCHEN  
DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REPUBLIK TÜRKEI  
ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG  
AUF DEM GEBIETE DER STEUERN VOM EINKOMMEN**

Die Republik Österreich und die Republik Türkei, von dem Wunsche geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen abzuschließen,

haben Folgendes vereinbart:

## **Artikel 1**

### **UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE PERSONEN**

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

## **Artikel 2**

### **UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE STEUERN**

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen, die für Rechnung eines Vertragsstaates oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen oder von Teilen des Einkommens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in Österreich:

- i) die Einkommensteuer;
- ii) die Körperschaftsteuer;

(im Folgenden als "österreichische Steuer" bezeichnet);

b) in der Türkei:

- i) die Einkommensteuer;
- ii) die Körperschaftsteuer;

(im Folgenden als "türkische Steuer" bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen bedeutsamen Änderungen mit.

## **Artikel 3**

### **ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN**

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

- a) i) bedeutet der Ausdruck "Österreich" das Hoheitsgebiet, das in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht unter der Staatshoheit der Republik Österreich steht;

- ii) bedeutet der Ausdruck "Türkei" das türkische Hoheitsgebiet, einschließlich der Hoheitsgewässer und des darüber befindlichen Luftraums, sowie die Meeresgebiete, hinsichtlich derer sie nach dem Völkerrecht Jurisdiktion und Hoheitsrechte für die Erforschung, Ausbeutung und Erhaltung von Bodenschätzen hat;
- b) bedeuten die Ausdrücke "ein Vertragsstaat" und "der andere Vertragsstaat", je nach dem Zusammenhang, Österreich oder die Türkei;
- c) bedeutet der Ausdruck "Steuer" alle unter Artikel 2 dieses Abkommens fallende Steuern;
- d) umfasst der Ausdruck "Person" natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
- e) bedeutet der Ausdruck "Gesellschaft" juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
- f) bedeutet der Ausdruck "gesetzlicher Hauptsitz" den gesetzlich bestimmten Sitz (Kanuni merkez, Sitz) im Sinne des türkischen Handelsgesetzbuchs oder im Sinne der österreichischen Bundesabgabenordnung;
- g) bedeutet der Ausdruck "Staatsangehöriger"
  - i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt;
  - ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist;
- h) bedeuten die Ausdrücke "Unternehmen eines Vertragsstaats" und "Unternehmen des anderen Vertragsstaats", je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- i) bedeutet der Ausdruck "zuständige Behörde"
  - i) in Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
  - ii) in der Türkei: den Finanzminister oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
- j) bedeutet der Ausdruck "internationaler Verkehr" jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

## Artikel 4

### ANSÄSSIGE PERSON

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "eine in einem Vertragsstaat ansässige Person" eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, ihres gesetzlichen Hauptsitzes, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat und seine Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

- a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt der Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bemühen, die Frage in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bemühen, die Frage in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln und festzulegen, wie dieses Abkommens auf diese Person anzuwenden ist. In Ermangelung eines solchen Einvernehmens hat die Person keinen Anspruch darauf, im Abkommen vorgesehene Steuervergünstigungen oder -befreiungen geltend zu machen.

## Artikel 5

### BETRIEBSTÄTTE

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "Betriebsstätte" eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck "Betriebsstätte" umfasst insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,

- e) eine Werkstatt und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage oder eine damit zusammenhängende Überwachungstätigkeit ist nur dann eine Betriebstätte, wenn diese Ausführung, Montage oder Tätigkeit die Dauer von 6 Monaten überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter lit. a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person - mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 - in einem Vertragsstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats tätig, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es im erstgenannten Vertragsstaat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebstätte, wenn diese Person

- a) in diesem Staat die Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und sie die Vollmacht dort gewöhnlich ausübt, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebstätte machen; oder
- b) keine solche Vollmacht besitzt, jedoch im erstgenannten Staat gewöhnlich Bestände von Gütern oder Waren unterhält, von denen sie gewöhnlich Güter oder Waren für das Unternehmen ausliefert.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

## **Artikel 6**

### **EINKÜNFTE AUS UNBEWEGLICHEM VERMÖGEN**

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck "unbewegliches Vermögen" hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe (einschließlich der Fischzucht und Fischbewirtschaftung), die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbstständigen Arbeit dient.

## **Artikel 7**

### **UNTERNEHMENSGEWINNE**

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Geschäftstätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen

Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(5) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

## **Artikel 8**

### **SEESCHIFFFAHRT UND LUFTFAHRT**

(1) Gewinne, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr bezieht, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Im Sinne dieses Artikels umfassen Gewinne, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr bezieht, unter anderem Gewinne aus der Benutzung oder der Vermietung von Containern, wenn diese Gewinne neben den unter Absatz 1 fallenden Gewinnen anfallen.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

## **Artikel 9**

### **VERBUNDENE UNTERNEHMEN**

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet - und entsprechend besteuert -, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und behauptet der erstgenannte Staat, dass es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche handelt, die das

Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor, wenn der andere Staat die Änderung für begründet hält. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

## **Artikel 10**

### **DIVIDENDEN**

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, nicht übersteigen:

a) in Österreich:

- i) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- ii) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen;

b) in der Türkei:

- i) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt, vorausgesetzt, dass diese Dividenden in Österreich von der Besteuerung ausgenommen sind;
- ii) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Dividenden" bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussaktien oder Genussscheinen, Gründeranteilen oder anderen Rechten - ausgenommen Forderungen - mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind, und Einkünfte, die aus einem Investmentfonds und Investmenttrust bezogen werden.

(4) Gewinne einer Gesellschaft eines Vertragsstaats, die ihre Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte ausübt, dürfen, nachdem sie nach Artikel 7 besteuert worden sind, hinsichtlich des übrigen Betrages in dem Vertragsstaat besteuert

werden, in dem sich die Betriebstätte befindet; die Steuer darf aber 5 vom Hundert des übrigen Betrages nicht übersteigen.

(5) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(6) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat - vorbehaltlich des Absatzes 4 dieses Artikels - weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebstätte gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

## **Artikel 11**

### **ZINSEN**

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Zinsen eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen, die für Darlehen oder Kredite gezahlt werden, die von der Österreichischen Kontrollbank AG zur Förderung des Exportes, oder einem ähnlichen öffentlichen Rechtsträger der Türkei, dessen Zweck die Förderung des Exportes ist, gewährt, garantiert oder versichert werden;
- b) 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen, wenn die Zinsen von einer Bank bezogen werden;
- c) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen in allen anderen Fällen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 sind Zinsen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, von der Besteuerung ausgenommen, wenn sie an den anderen Vertragsstaat oder an die Zentralbank dieses Staates gezahlt werden.

(4) Einkünfte aus Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder aus partiarischen Darlehen und Gewinnobligationen dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden.

(5) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Zinsen" bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen.

(6) Die Absätze 1, 2, 3 und 4 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(7) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(8) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

## **Artikel 12**

### **LIZENZGEBÜHREN**

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen:

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Lizenzgebühren" bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme und Aufnahmen für Rundfunk und Fernsehen, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen gezahlt werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren

stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebstätte oder eine feste Einrichtung und gehören die Rechte oder Vermögenswerte, die den Lizenzgebühren zugrunde liegen, tatsächlich zu der Betriebstätte oder der festen Einrichtung und trägt die Betriebstätte oder die feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

### **Artikel 13**

#### **GEWINNE AUS DER VERÄUSSERUNG VON VERMÖGEN**

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen bezieht, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2 und 3 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist. Die im vorstehenden Satz genannten und aus dem anderen Vertragsstaat bezogenen Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen dürfen jedoch in dem anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn der Zeitraum zwischen Anschaffung und Veräußerung ein Jahr nicht übersteigt.

## Artikel 14

### SELBSTÄNDIGE ARBEIT

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden. Diese Einkünfte dürfen jedoch auch im anderen Vertragsstaat besteuert werden; wenn dieser Beruf oder diese Tätigkeit im anderen Staat ausgeübt wird und wenn

- a) der Person im anderen Staat für die Ausübung dieses Berufes oder dieser Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht; oder
- b) die Person sich im anderen Staat für die Ausübung dieses Berufes oder dieser Tätigkeit insgesamt 183 Tage oder länger innerhalb eines durchgehenden Zeitraums von 12 Monaten aufhält.

Unter diesen Umständen dürfen die Einkünfte im anderen Staat nur insoweit besteuert werden, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können, beziehungsweise für die freiberufliche oder eine sonstige selbständige Tätigkeit bezogen werden, welche die Person während ihres Aufenthaltes im anderen Staat ausübt.

(2) Einkünfte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats aus einem freien Beruf oder aus einer sonstigen Tätigkeit ähnlicher Art bezieht, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden. Diese Einkünfte dürfen jedoch auch im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn dieser Beruf oder diese Tätigkeit im anderen Staat ausgeübt wird und wenn

- a) das Unternehmen im anderen Staat eine Betriebsstätte hat, durch die der Beruf oder die Tätigkeit ausgeübt wird; oder
- b) der Zeitraum, während dessen der Beruf ausgeübt wird, insgesamt 183 Tage innerhalb eines durchgehenden Zeitraums von 12 Monaten überschreitet.

Unter diesen Umständen dürfen die Einkünfte im anderen Staat nur insoweit besteuert werden, als sie dieser Betriebsstätte beziehungsweise der im anderen Staat ausgeübten freiberuflichen oder sonstigen selbständigen Tätigkeit zugerechnet werden können. In beiden Fällen hat das Unternehmen das Wahlrecht, im anderen Staat in Bezug auf diese Einkünfte nach Artikel 7 dieses Abkommens besteuert zu werden, so als ob diese Einkünfte einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte des Unternehmens zuzurechnen wären. Dieses Wahlrecht berührt nicht das Recht des anderen Staates, von diesen Einkünften eine Abzugsteuer zu erheben.

(3) Der Ausdruck "freier Beruf" umfasst insbesondere die selbstständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbstständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen und andere Tätigkeiten, die besondere fachliche Fähigkeiten erfordern.

## **Artikel 15**

### **EINKÜNFTE AUS UNSELBSTÄNDIGER ARBEIT**

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18, 19 und 20 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten, der während des betreffenden Kalenderjahres beginnt oder endet, aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betrieben wird, ausgeübt wird, in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

## **Artikel 16**

### **AUFSICHTSRATS- UND VERWALTUNGSRATSVERGÜTUNGEN**

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

## **Artikel 17**

### **KÜNSTLER UND SPORTLER**

(1) Ungeachtet der Artikel 14 und 15 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer

anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Einkünfte, die ein Künstler oder Sportler aus einer in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit bezieht, sind in diesem Staat von der Besteuerung ausgenommen, wenn der Aufenthalt in diesem Staat ganz oder vorwiegend aus öffentlichen Kassen des anderen Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften unterstützt wird.

## **Artikel 18**

### **RUHEGEHÄLTER**

(1) Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 2 dieses Abkommens dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, und Zahlungen, die auf Grund des Sozialversicherungssystems eines Vertragsstaats geleistet werden, sowie Renten im Sinne des Absatzes 2 dieses Artikels nur in dem Staat besteuert werden, in dem der Empfänger ansässig ist.

(2) Der Ausdruck "Rente" bedeutet einen bestimmten Betrag, der regelmäßig und zu bestimmten Zeiten auf Lebenszeit oder während eines bestimmten oder bestimmbaren Zeitabschnitts auf Grund einer Verpflichtung zahlbar ist, die diese Zahlungen als Gegenleistung für eine in Geld oder Geldeswert erbrachte angemessene Leistung vorsieht.

## **Artikel 19**

### **ÖFFENTLICHER DIENST**

- (1)
  - a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.
  - b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und
    - i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
    - ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.
- (2)
  - a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder aus einem von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.
  - b) Diese Ruhegehälter dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 15, 16, 17 oder 18 anzuwenden.

(4) Die Absätze 1 und 3 dieses Artikels gelten auch für Vergütungen, die an den österreichischen Handelsdelegierten in der Türkei und an das Personal dieser österreichischen Außenhandelsstelle gezahlt werden, sowie für Vergütungen, die von der türkischen Handelskammer an eine natürliche Person für die dieser Handelskammer geleisteten Dienste gezahlt werden.

## **Artikel 20**

### **STUDENTEN**

(1) Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden.

(2) Vergütungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der in einem Vertragsstaat ansässig ist oder vorher dort ansässig war, für eine Beschäftigung bezieht, die er in dem anderen Vertragsstaat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres ausübt, dürfen in dem anderen Staat nicht besteuert werden, wenn die Beschäftigung in unmittelbarem Zusammenhang mit seinen im erstgenannten Staat ausgeübten Studien oder seiner dort ausgeübten Ausbildung steht.

## **Artikel 21**

### **ANDERE EINKÜNFTE**

(1) Einkünfte, die aus einem Vertragsstaat stammen und in den vorstehenden Artikeln nicht ausdrücklich genannt wurden, dürfen in diesem Staat besteuert werden.

(2) Einkünfte, die aus Quellen außerhalb der beiden Vertragsstaaten stammen, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Empfänger der betreffenden Einkünfte ansässig ist.

## **Artikel 22**

### **VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEuerung**

Die Doppelbesteuerung wird wie folgt vermieden:

(1) In Österreich:

- a) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte und dürfen diese Einkünfte nach diesem Abkommen in der Türkei besteuert werden, so nimmt Österreich vorbehaltlich der lit. b bis e diese Einkünfte von der Besteuerung aus.

- b) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte, die nach Artikel 10 Absatz 2, Artikel 11 Absätze 2 und 4, Artikel 12 Absatz 2, Artikel 13 Absatz 4 zweiter Satz und Artikel 21 Absatz 1 in der Türkei besteuert werden dürfen, so rechnet Österreich auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in der Türkei gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus der Türkei bezogenen Einkünfte entfällt.
- c) Dividenden im Sinne des Artikels 10 Absatz 2 lit. b sublit. i, die von einer in der Türkei ansässigen Gesellschaft an eine in Österreich ansässige Gesellschaft gezahlt werden, sind, vorbehaltlich der entsprechenden Bestimmungen des innerstaatlichen Rechts Österreichs, in der Fassung allfälliger künftiger, ihren allgemeinen Charakter wahrender Änderungen, aber ungeachtet allfälliger nach diesem Recht abweichender Mindestbeteiligungserfordernisse, in Österreich von der Besteuerung ausgenommen.
- d) Einkünfte einer in Österreich ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Österreich auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Österreich bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen der Person einbezogen werden.
- e) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Zinsen oder Lizenzgebühren aus der Türkei und werden diese Zinsen oder Lizenzgebühren in der Türkei mit einem Steuersatz besteuert, der bei Zinsen niedriger ist als die in Artikel 11 Absatz 2 lit. a bis c vorgesehenen Sätze, und bei Lizenzgebühren weniger als 10 vom Hundert beträgt, so wird auf die von den Zinsen beziehungsweise Lizenzgebühren zu erhebende österreichische Steuer der Betrag angerechnet, der bei Zinsen je nach Lage des Falles 5, 10 beziehungsweise 15 vom Hundert und bei Lizenzgebühren 10 vom Hundert des Bruttobetrags dieser Zinsen oder Lizenzgebühren entspricht.

(2) In der Türkei:

- a) Vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen der Türkei in Bezug auf die Anrechnung der in einem Gebiet außerhalb der Türkei zu zahlenden Steuer auf die türkische Steuer wird die nach österreichischem Recht und nach diesem Abkommen zu zahlende österreichische Steuer für Einkünfte (einschließlich Gewinne und steuerpflichtige Gewinne aus Veräußerungsgeschäften), die eine in der Türkei ansässige Person aus österreichischen Quellen bezieht, auf die vom Einkommen zu erhebende türkische Steuer angerechnet. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Betrag der vor der Anrechnung ermittelten türkischen Steuer nicht übersteigen, der auf diese Einkünfte entfällt.
- b) Einkünfte einer in der Türkei ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in der Türkei auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in der Türkei bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen der Person einbezogen werden.

### **Artikel 23**

#### **GLEICHBEHANDLUNG**

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden

Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Vorbehaltlich des Artikels 10 Absatz 4 darf die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 8 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung noch damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

## **Artikel 24**

### **VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN**

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 23 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die

Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls auch durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

## **Artikel 25**

### **INFORMATIONSAUSTAUSCH**

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung der Vertragsstaaten oder ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, erforderlich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Satz 1 genannten Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public widerspräche.

## **Artikel 26**

### **AMTSHILFE BEI DER VOLLSTRECKUNG VON STEUERN**

Die Vertragsstaaten verpflichten sich, einander bei der Vollstreckung der Steuern insoweit Hilfe zu leisten, als dies erforderlich ist um sicherzustellen, dass die durch dieses Abkommen gewährte Entlastung von der Steuer eines Vertragsstaats nicht Personen zugutekommt, die hierzu nicht berechtigt sind, wobei vorausgesetzt wird, dass

- a) der ersuchende Staat eine durch die zuständige Behörde beglaubigte Ausfertigung eines Dokumentes beibringt, in der ausdrücklich festgestellt wird, dass die darin aufscheinenden Beträge, für deren Vollstreckung das Einschreiten des anderen Staates begehrt wird, rechtskräftig festgesetzt und vollstreckbar sind;
- b) ein Dokument, das nach diesem Artikel beigebracht wird, von dem ersuchten Staat gemäß seinen gesetzlichen Vorschriften als vollstreckbar erklärt wird. Es wird weiters bestimmt, dass dieses Dokument nach geltendem österreichischen Recht vom zuständigen Finanzamt als vollstreckbar erklärt wird;
- c) der ersuchte Staat bei der Vollstreckung nach den Rechtsvorschriften vorgeht, die für die Vollstreckung seiner eigenen gleichartigen Steuerforderungen vorgesehen sind, wobei jedoch die einzubringenden Steuerforderungen im ersuchten Staat nicht als bevorrechtete Forderungen behandelt werden. Der Antrag auf gerichtliche Vollstreckung wird in der Republik Österreich von der Finanzprokuratur oder von dem an ihrer Stelle zuständigen Finanzamt gestellt; und
- d) Einwendungen gegen Bestand oder Höhe der Forderungen ausschließlich der Entscheidung durch die zuständige Stelle des ersuchenden Staates vorbehalten sind.

Dieser Artikel verpflichtet keinen Vertragsstaat, Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von jenen abweichen, die bei der Einbringung der eigenen Steuern vorgenommen werden, oder die seiner Souveränität, Sicherheit, dem Ordre Public oder seinen wesentlichen Interessen widersprechen.

## **Artikel 27**

### **MITGLIEDER DIPLOMATISCHER MISSIONEN UND KONSULARISCHER VERTRETUNGEN**

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

## **Artikel 28**

### **IN-KRAFT-TRETEN**

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der dem Monat unmittelbar folgt, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist, und seine Bestimmungen finden für alle Besteuerungszeiträume Anwendung, die nach dem 31. Dezember des Kalenderjahres beginnen, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist.

(3) Das zwischen der Republik Österreich und der Türkischen Republik am 3. November 1970 in Wien unterzeichnete Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung bestimmter anderer Fragen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen<sup>1</sup> findet ab dem Zeitpunkt nicht mehr Anwendung, in dem dieses Abkommen gemäß Absatz 2 dieses Artikels Wirksamkeit erlangt.

## **Artikel 29**

### **KÜNDIGUNG**

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann es am oder vor dem 30. Juni eines jeden Kalenderjahres nach Ablauf von fünf Jahren nach seinem In-Kraft-Treten schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung auf Besteuerungszeiträume, die nach dem 31. Dezember des Kalenderjahres beginnen, in dem die Kündigung erfolgt ist.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 28. März 2008, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, türkischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

**Für die Republik Österreich**

Wilhelm Molterer m.p.

**Für die Republik Türkei**

Kemal Unakitan m.p.

---

<sup>1</sup> Kundgemacht in BGBl. Nr. 595/1973.

## PROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Republik Türkei zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen sind die Gefertigten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil dieses Abkommens bilden.

### **1. Zu Artikel 10 Absatz 2 lit. b sublit. i**

In Bezug auf Artikel 10 Absatz 2 lit. b sublit. i bestätigt die zuständige österreichische Behörde, ob die Voraussetzungen für die Befreiung der Dividenden nach dem innerstaatlichen Recht Österreichs erfüllt sind oder nicht.

### **2. Zu den Artikeln 12 und 13**

In Bezug auf die Artikel 12 und 13 des Abkommens gilt als vereinbart, dass bei Vergütungen, die für den Verkauf von Vermögen gezahlt werden, Artikel 13 Anwendung findet, es sei denn, es wird nachgewiesen, dass die betreffende Zahlung keine Zahlung für die tatsächliche Veräußerung dieses Vermögens darstellt. In diesem Fall ist Artikel 12 anzuwenden.

### **3. Zu Artikel 21**

Einkünfte auf Grund gesetzlicher Versorgungsrechtsansprüche, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem anderen Vertragsstaat bezieht, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, wenn sie nach dem Recht des anderen Vertragsstaats von der Besteuerung ausgenommen wären.

### **4. Zu Artikel 22 Absatz 1 lit. e**

Es gilt als vereinbart, dass Artikel 22 Absatz 1 lit. e keine Anwendung findet, wenn die Form eines Geschäfts, das zur Anwendung dieser Bestimmung führt, hauptsächlich deshalb gewählt wurde, um Steuern zu vermeiden.

### **5. Zu Artikel 24 Absatz 2**

Es gilt als vereinbart, dass in Bezug auf Artikel 24 Absatz 2 im Fall der Türkei der Steuerpflichtige den Antrag auf Rückerstattung, die sich auf Grund des Verständigungsverfahrens ergibt, innerhalb eines Zeitraums von 1 Jahr stellen muss, nachdem die Steuerverwaltung dem Steuerpflichtigen das Ergebnis des gegenseitigen Einvernehmens mitgeteilt hat.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 28. März 2008, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, türkischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

**Für die Republik Österreich**

Wilhelm Molterer m.p.

**Für die Republik Türkei**

Kemal Unakitan m.p.

**AGREEMENT**  
**BETWEEN**  
**THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE REPUBLIC OF TURKEY**  
**FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION**  
**WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME**

**The Republic of Austria and the Republic of Turkey, desiring to conclude an Agreement for the Avoidance of Double Taxation with respect to Taxes on Income,**

**Have agreed as follows:**

**Article 1****PERSONS COVERED**

This Agreement shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

**Article 2****TAXES COVERED**

(1) This Agreement shall apply to taxes on income imposed on behalf of a Contracting State or of its political subdivisions or local authorities, irrespective of the manner in which they are levied.

(2) There shall be regarded as taxes on income all taxes imposed on total income, or on elements of income, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property, taxes on the total amounts of wages or salaries paid by enterprises, as well as taxes on capital appreciation.

(3) The existing taxes to which the Agreement shall apply are in particular:

a) in Austria:

- i. the income tax (die Einkommensteuer);
- ii. the corporation tax (die Körperschaftsteuer);

(hereinafter referred to as "Austrian tax");

b) in Turkey:

- i. the income tax;
- ii. the corporation tax;

(hereinafter referred to as "Turkish tax").

(4) The Agreement shall apply also to any identical or substantially similar taxes which are imposed after the date of signature of the Agreement in addition to, or in place of, the existing taxes. The competent authorities of the Contracting States shall notify each other of any significant changes that have been made in their taxation laws.

### Article 3

#### GENERAL DEFINITIONS

- (1) For the purposes of this Agreement, unless the context otherwise requires:
- a) (i) the term "Austria" means the territory under the sovereignty of the Republic of Austria in accordance with international law;
  - (ii) the term "Turkey" means the Turkish territory including territorial sea and air space above it, as well as the maritime areas over which it has jurisdiction or sovereign rights for the purpose of exploration, exploitation and conservation of natural resources, pursuant to international law;
  - b) the terms "a Contracting State" and "the other Contracting State" mean Austria or Turkey, as the context requires;
  - c) the term "tax" means any tax covered by Article 2 of this Agreement;
  - d) the term "person" includes an individual, a company and any other body of persons;
  - e) the term "company" means any body corporate or any entity which is treated as a body corporate for tax purposes;
  - f) the term "legal head office" means the statutory seat (Kanuni merkez, Sitz) within the meaning of the Turkish Code of Commerce, or within the meaning of the Austrian Fiscal Code, respectively;
  - g) the term "national" means:
    - (i) any individual possessing the nationality of a Contracting State;
    - (ii) any legal person, partnership or association deriving its status as such from the laws in force in a Contracting State;
  - h) the terms "enterprise of a Contracting State" and "enterprise of the other Contracting State" mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;
  - i) the term "competent authority" means:
    - (i) in Austria: the Federal Minister of Finance or his authorised representative;
    - (ii) in Turkey: the Minister of Finance or his authorised representative;
  - j) the term "international traffic" means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise of a Contracting State, except when the ship or aircraft is operated solely between places in the other Contracting State;

(2) As regards the application of the Agreement at any time by a Contracting State, any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning that it has at that time under the law of that State for the purposes of the taxes to which the Agreement applies, any meaning under the applicable tax laws of that State prevailing over a meaning given to the term under other laws of that State.

#### **Article 4**

#### **RESIDENT**

(1) For the purposes of this Agreement, the term "resident of a Contracting State" means any person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, legal head office, place of management or any other criterion of a similar nature, and also includes that State and any political subdivision or local authority thereof. This term, however, does not include any person who is liable to tax in that State in respect only of income from sources in that State.

(2) Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, then his status shall be determined as follows:

a) he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States, he shall be deemed to be a resident only of the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);

b) if the State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either State, he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has an habitual abode;

c) if he has an habitual abode in both States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident only of the State of which he is a national;

d) if he is a national of both States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall endeavour to settle the question by mutual agreement.

(3) Where by reason of the provisions of paragraph 1 a person other than an individual is a resident of both Contracting States, the competent authorities of the Contracting States shall by mutual agreement endeavour to settle the question and to determine the mode of application of the Agreement to such person. In the absence of such agreement, such person shall not be entitled to claim any relief or exemption from tax provided by the Agreement.

**Article 5****PERMANENT ESTABLISHMENT**

(1) For the purposes of this Agreement, the term "permanent establishment" means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

(2) The term "permanent establishment" includes especially:

- a) a place of management;
- b) a branch;
- c) an office;
- d) a factory;
- e) a workshop, and
- f) a mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of extraction of natural resources.

(3) A building site or construction, assembly or installation project or supervisory activities in connection therewith constitute a permanent establishment only if such site, project or activities continue for a period of more than 6 months;

(4) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, the term "permanent establishment" shall be deemed not to include:

- a) the use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;
- b) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;
- c) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;
- d) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information, for the enterprise;
- e) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of a preparatory or auxiliary character;
- f) the maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in subparagraphs a) to e), provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.

(5) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where a person - other than an agent of an independent status to whom paragraph 6 applies - is acting in a Contracting State on behalf of an enterprise of the other Contracting State, that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in the first-mentioned Contracting State in respect of any activities which that person undertakes for the enterprise, if such a person:

a) has and habitually exercises in that State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, unless the activities of such person are limited to those mentioned in paragraph 4 which, if exercised through a fixed place of business would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph; or

b) has no such authority, but habitually maintains in the first-mentioned State a stock of goods or merchandise from which he regularly delivers goods or merchandise on behalf of the enterprise.

(6) An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business.

(7) The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

## **Article 6**

### **INCOME FROM IMMOVABLE PROPERTY**

(1) Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) The term "immovable property" shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture (including the breeding and cultivation of fish) and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources; ships, boats and aircraft shall not be regarded as immovable property.

(3) The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise and to income from immovable property used for the performance of independent personal services.

## **Article 7**

### **BUSINESS PROFITS**

(1) The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

(2) Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

(3) In determining the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.

(4) No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

(5) Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Agreement, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

## **Article 8**

### **SHIPPING AND AIR TRANSPORT**

(1) Profits of an enterprise of a Contracting State derived from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in that State.

(2) For the purposes of this Article, profits derived by an enterprise of a Contracting State from the operation of ships or aircraft in international traffic shall include inter alia profits derived from the use or rental of containers, if such profits are incidental to the profits to which the provisions of paragraph 1 apply.

(3) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall also apply to profits from the participation in a pool, a joint business or an international operating agency.

## Article 9

### ASSOCIATED ENTERPRISES

(1) Where

a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or

b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

(2) Where a Contracting State includes in the profits of an enterprise of that State - and taxes accordingly- profits on which an enterprise of the other Contracting State has been charged to tax in that other State and the profits so included are by the first-mentioned State claimed to be profits which would have accrued to the enterprise of the first-mentioned State if the conditions made between the two enterprises had been those which would have been made between independent enterprises, then that other State shall make an appropriate adjustment to the amount of the tax charged therein on those profits, where that other State considers the adjustment justified. In determining such adjustment, due regard shall be had to the other provisions of this Agreement and the competent authorities of the Contracting States shall if necessary consult each other.

## Article 10

### DIVIDENDS

(1) Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the dividends is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed:

a) in the case of Austria:

(i) 5 per cent of the gross amount of the dividends if the beneficial owner is a company (other than a partnership) which holds directly at least 25 per cent of the capital of the company paying the dividends;

(ii) 15 per cent of the gross amount of the dividends in all other cases;

b) in the case of Turkey:

(i) 5 per cent of the gross amount of the dividends if the beneficial owner is a company (other than a partnership) which holds directly at least 25 per cent of the capital of the company paying the dividends provided that such dividends are exempt from tax in Austria;

(ii) 15 per cent of the gross amount of the dividends in all other cases.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

(3) The term "dividends" as used in this Article means income from shares, "jouissance" shares or "jouissance" rights, founders' shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits, as well as income from other corporate rights which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident, and income derived from an investment fund and investment trust .

(4) Profits of a company of a Contracting State carrying on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein may, after having been taxed under Article 7, be taxed on the remaining amount in the Contracting State in which the permanent establishment is situated, but the tax so charged shall not exceed 5 per cent of the remaining amount.

(5) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(6) Subject to the provisions of paragraph 4 of this Article, where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment or a fixed base situated in that other State, nor subject the company's undistributed profits to a tax on the company's undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

**Article 11****INTEREST**

(1) Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such interest may also be taxed in the Contracting State in which it arises and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the interest is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed:

- a) 5 per cent of the gross amount of the interest paid in respect of a loan or credit made, guaranteed or insured for the purposes of promoting export by the Oesterreichische Kontrollbank AG or a similar Turkish public entity the objective of which is to promote the export;
- b) 10 per cent of the gross amount of the interest if the interest is derived by a bank;
- c) 15 per cent of the gross amount of the interest in all other cases.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph 2, interest shall be exempted from tax in the Contracting State in which it arises if it is paid to the other Contracting State or the Central Bank of that other State.

(4) However, income from rights or debt claims carrying a right to participate in the profits, including the income derived by a sleeping partner from his participation as a sleeping partner or from participating loans and participating bonds, may also be taxed in the Contracting State in which it arises and according to the laws of that State.

(5) The term "interest" as used in this Article means income from debt claims of every kind, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in the debtor's profits, and in particular, income from government securities and income from bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to such securities, bonds or debentures.

(6) The provisions of paragraphs 1, 2, 3 and 4 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(7) Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, a political subdivision, a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment or fixed base, then such interest shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

(8) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

## **Article 12**

### **ROYALTIES**

(1) Royalties arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such royalties may also be taxed in the Contracting State in which they arise and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the royalties is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed 10 per cent of the gross amount of the royalties.

(3) The term "royalties" as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work including cinematograph films and recordings for radio and television, any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience, or for the use of, or the right to use, industrial, commercial or scientific equipment.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(5) Royalties shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, a political subdivision, a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the royalties, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the right or property giving rise to the royalties is effectively connected, and such royalties are borne by such permanent establishment or fixed base, then such royalties shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

(6) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the royalties, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

### **Article 13**

#### **CAPITAL GAINS**

(1) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property referred to in Article 6 and situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or of movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise) or of such fixed base, may be taxed in that other State.

(3) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of ships or aircraft operated in international traffic, or movable property pertaining to the operation of such ships or aircraft, shall be taxable only in that State.

(4) Gains from the alienation of any property other than that referred to in paragraphs 1, 2 and 3, shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident. However, the capital gains mentioned in the foregoing sentence and derived from the other Contracting State, shall be taxable in the other Contracting State if the time period does not exceed one year between acquisition and alienation.

**Article 14****INDEPENDENT PERSONAL SERVICES**

(1) Income derived by a resident of a Contracting State in respect of professional services or other activities of an independent character shall be taxable only in that State. However, such income may also be taxed in the other Contracting State if such services or activities are performed in that other State and if:

- a) he has a fixed base regularly available to him in that other State for the purpose of performing those services or activities; or
- b) he is present in that other State for the purpose of performing those services or activities for a period or periods amounting in the aggregate to 183 days or more in any continuous period of 12 months.

In such circumstances, only so much of the income as is attributable to that fixed base or is derived from the services or activities performed during his presence in that other State, as the case may be, may be taxed in that other State.

(2) Income derived by an enterprise of a Contracting State in respect of professional services or other activities of a similar character shall be taxable only in that State. However, such income may also be taxed in the other Contracting State if such services or activities are performed in that other State and if:

- a) the enterprise has a permanent establishment in that other State through which the services or activities are performed; or
- b) the period or periods during which the services are performed exceed in the aggregate 183 days in any continuous period of 12 months.

In such circumstances only so much of the income as is attributable to that permanent establishment or to the services or activities performed in that other State, as the case may be, may be taxed in that other State. In either case, the enterprise may elect to be taxed in that other State in respect of such income in accordance with the provisions of Article 7 of this Agreement as if the income were attributable to a permanent establishment of the enterprise situated in that other State. This election shall not affect the right of other State to impose a withholding tax on such income.

(3) The term "professional services" includes especially independent scientific, literary, artistic, educational or teaching activities as well as the independent activities of physicians, lawyers, engineers, architects, dentists and accountants and other activities requiring specific professional skill.

## **Article 15**

### **INCOME FROM EMPLOYMENT**

(1) Subject to the provisions of Articles 16, 18, 19, and 20, salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

- a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in any twelve month period commencing or ending in the calendar year concerned, and
- b) the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State, and
- c) the remuneration is not borne by a permanent establishment or a fixed base which the employer has in the other State.

(3) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic by an enterprise of a Contracting State may be taxed in that Contracting State.

## **Article 16**

### **DIRECTORS' FEES**

Directors' fees and other similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

## **Article 17**

### **ARTISTES AND SPORTSMEN**

(1) Notwithstanding the provisions of Articles 14 and 15, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television artiste, or a musician, or as a sportsman, from his personal activities as such exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or a sportsman in his capacity as such accrues not to the entertainer or sportsman himself but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or sportsman are exercised.

(3) Income derived by an entertainer or a sportsman from activities exercised in a Contracting State shall be exempt from tax in that State, if the visit to that State is supported wholly or mainly by public funds of the other Contracting State or a political subdivision or a local authority thereof.

## **Article 18**

### **PENSIONS**

(1) Subject to the provisions of paragraph 2 of Article 19 of this Agreement, pensions and other similar remuneration paid in consideration of past employment and any payments made under the social security scheme of either Contracting State, and annuities as defined in paragraph 2 of this Article shall be taxable only in the State of which the recipient is a resident.

(2) The term "annuity" means a stated sum payable periodically at stated times during life or during a specified or ascertainable period of time under an obligation to make the payments in return for adequate and full consideration in money or money's worth.

## **Article 19**

### **GOVERNMENT SERVICE**

- (1)
  - a) Salaries, wages and other similar remuneration, other than a pension, paid by a Contracting State or a political subdivision or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that State or subdivision or authority shall be taxable only in that State.
  - b) However, such salaries, wages and other similar remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the services are rendered in that State and the individual is a resident of that State who:
    - (i) is a national of that State; or
    - (ii) did not become a resident of that State solely for the purpose of rendering the services.
- (2)
  - a) Any pension paid by, or out of funds created by, a Contracting State or a political subdivision or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that State or subdivision or authority shall be taxable only in that State.

b) However, such pension shall be taxable only in the other Contracting State if the individual is a resident of, and a national of, that State.

(3) The provisions of Articles 15, 16, 17, and 18 shall apply to salaries, wages and other similar remuneration, and to pensions, in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State or a political subdivision or a local authority thereof.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 3 of this Article shall likewise apply in respect of remuneration paid to the Austrian Foreign Trade Commissioner in Turkey and to the members of the staff of that Austrian Foreign Trade Commissioner and in respect of remuneration paid by the Turkish Chamber of Commerce to an individual in respect of services rendered to that Chamber of Commerce.

## **Article 20**

### **STUDENTS**

(1) Payments which a student or business apprentice who is or was immediately before visiting a Contracting State a resident of the other Contracting State and who is present in the first-mentioned State solely for the purpose of his education or training receives for the purpose of his maintenance, education or training shall not be taxed in that State.

(2) Remuneration which a student or business apprentice who is or was formerly a resident of a Contracting State derives from an employment which he exercises in the other Contracting State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the fiscal year concerned shall not be taxed in that other State if the employment is directly related to his studies or apprenticeship carried out in the first-mentioned State.

## **Article 21**

### **OTHER INCOME**

(1) Items of income arising from a Contracting State, which are not expressly mentioned in the foregoing Articles of this Agreement may be taxed in that State.

(2) Items of income arising outside the two Contracting States shall be taxable only in the Contracting State of which the person receiving the income in question is a resident.

**Article 22****ELIMINATION OF DOUBLE TAXATION**

Double taxation shall be eliminated as follows:

(1) In Austria:

- a) Where a resident of Austria derives income which, in accordance with the provisions of this Agreement, may be taxed in Turkey, Austria shall, subject to the provisions of subparagraphs b) to e), exempt such income from tax.
- b) Where a resident of Austria derives items of income which, in accordance with the provisions of paragraph 2 of Article 10, paragraphs 2 and 4 of Article 11, paragraph 2 of Article 12, second sentence of paragraph 4 of Article 13 and paragraph 1 of Article 21, may be taxed in Turkey, Austria shall allow as a deduction from the tax on the income of that resident an amount equal to the tax paid in Turkey. Such deduction shall not, however, exceed that part of the tax, as computed before the deduction is given, which is attributable to such items of income derived from Turkey.
- c) Dividends in the sense of subparagraph b) (i) of paragraph 2 of Article 10 paid by a company which is a resident of Turkey to a company which is a resident of Austria shall be exempt from tax in Austria, subject to the relevant provisions of the domestic law of Austria, as it may change from time to time without affecting the general character of those provisions, but irrespective of any deviating minimum holding requirements provided for by that law.
- d) Where in accordance with any provision of the Agreement income derived by a resident of Austria is exempt from tax in Austria, Austria may nevertheless, in calculating the amount of tax on the remaining income of such resident, take into account the exempted income.
- e) Where a resident of Austria derives interest or royalties from Turkey and such interest or royalties are taxed in Turkey at a rate of tax which is, in the case of interest less than the rates provided for in subparagraphs a) to c) of paragraph 2 of Article 11 and in the case of royalties less than 10 per cent then there shall be allowed as a deduction from the Austrian tax on the interest or royalties, as the case may be, an amount equal to, in the case of interest 5 per cent, 10 per cent or 15 per cent, as the case may be, and in the case of royalties 10 per cent of the gross amount of such interest or royalties.

(2) In Turkey:

- a) Subject to the provisions of the laws of Turkey regarding the allowance as a credit against Turkish tax of tax payable in a territory outside Turkey, Austrian tax payable under the laws of Austria and in accordance with this Agreement in respect of income (including profits and chargeable gains) derived by a resident of Turkey from sources within Austria shall be allowed as a deduction from the Turkish tax on such income. Such deduction, however, shall not exceed the

amount of Turkish tax, as computed before the deduction is made, attributable to such income.

- b) Where in accordance with any provision of the Agreement income derived by a resident of Turkey is exempt from tax in Turkey, Turkey may nevertheless, in calculating the amount of tax on the remaining income of such resident, take into account the exempted income.

### **Article 23**

#### **NON-DISCRIMINATION**

(1) Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected. This provision shall, notwithstanding the provisions of Article 1, also apply to persons who are not residents of one or both of the Contracting States.

(2) Stateless persons who are residents of a Contracting State shall not be subjected in either Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of the State concerned in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected.

(3) Subject to the provisions of paragraph 4 of Article 10, the taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes on account of civil status or family responsibilities which it grants to its own residents.

(4) Except where the provisions of paragraph 1 of Article 9, paragraph 8 of Article 11, or paragraph 6 of Article 12, apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State.

(5) Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.

## **Article 24**

### **MUTUAL AGREEMENT PROCEDURE**

(1) Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Agreement, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under paragraph 1 of Article 23, to that of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of the Agreement.

(2) The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with the Agreement. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

(3) The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Agreement. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in the Agreement.

(4) The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly, including through a joint commission consisting of themselves or their representatives, for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs.

## **Article 25**

### **EXCHANGE OF INFORMATION**

(1) The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for carrying out the provisions of this Agreement or of the domestic laws concerning taxes of every kind and description imposed on behalf of the Contracting States, or of their political subdivisions or local authorities, insofar as the taxation thereunder is not contrary to the Agreement. The exchange of information is not restricted by Articles 1 and 2. Any information received by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) concerned with the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, or the determination of appeals in relation to the taxes referred to in the first sentence. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions.

(2) In no case shall the provisions of paragraph 1 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

- a) to carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;
- b) to supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;
- c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy (ordre public).

## **Article 26**

### **ASSISTANCE IN THE COLLECTION OF TAXES**

The Contracting States undertake to lend each other support and assistance in the collection of taxes to the extent necessary to ensure that relief granted by the present Convention from taxation imposed by a Contracting State does not enure to the benefit of persons not entitled thereto, provided that:

- a) the requesting State must produce a copy of a document certified by its competent authority specifying that the sums referred to for the collection of which it is requesting the intervention of the other State, are finally due and enforceable;
- b) a document produced in accordance with the provisions of this Article shall be rendered enforceable in accordance with the laws of the requested State. It is specified that under current Austrian legislation, such documents must be rendered enforceable by the competent tax office;
- c) the requested State shall effect recovery in accordance with the rules governing the recovery of similar tax debts of its own; however, tax debts to be recovered shall not be regarded as privileged debts in the requested State. In the Republic of Austria, judicial execution shall be requested by the Finanzprokuratur or by the tax office delegated to act on his behalf; and
- d) appeals concerning the existence or amount of the debt shall lie only to the competent tribunal of the requesting State.

The provisions of this Article shall not impose upon either Contracting State the obligation to carry out administrative measures different from those used in the collection of its own tax, or which would be contrary to its sovereignty, security, public policy or its essential interests.

**Article 27****MEMBERS OF DIPLOMATIC MISSIONS AND CONSULAR POSTS**

Nothing in this Agreement shall affect the fiscal privileges of members of diplomatic missions or consular posts under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

**Article 28****ENTRY INTO FORCE**

(1) This Agreement shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

(2) The Agreement shall enter into force on the first day of the third month next following that in which the exchange of instruments of ratification takes place and its provisions shall have effect in respect of taxes for any taxable period beginning after December 31 of the calendar year in which the exchange of instruments of ratification takes place.

(3) The Agreement between the Republic of Austria and the Republic of Turkey for the avoidance of double taxation and for the settlement of certain other questions with respect to taxes on income and on capital, signed in Vienna on 3 November 1970, shall cease to have effect from the date on which this Agreement becomes effective in accordance with paragraph 2 of this Article.

**Article 29****TERMINATION**

This Agreement shall remain in force until terminated by a Contracting State. Either Contracting State may terminate the Agreement, through diplomatic channels, by giving written notice of termination on or before the thirtieth day of June in a calendar year after the fifth year from the date of entry into force of the Agreement. In such event, the Agreement shall cease to have effect in respect of the taxes for any taxable period beginning after December 31 in the calendar year in which the notice of termination has been given.

IN WITNESS WHEREOF the Plenipotentiaries of the two Contracting States, duly authorised thereto, have signed this Agreement.

Done in duplicate at Vienna on this 28<sup>th</sup> day of March 2008, in the German, Turkish and English languages, all three texts being equally authentic. In the case of divergence of interpretation the English text shall prevail.

**For the Republic of Austria**

**For the Republic of Turkey**

Wilhelm Molterer m.p.

Kemal Unakitan m.p.

## PROTOCOL

At the moment of signing the Agreement between the Republic of Austria and the Republic of Turkey for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income, the undersigned have agreed that the following provisions shall form an integral part of the Agreement:

### **1. ad (i) of subparagraph b) of paragraph 2 of Article 10**

In respect of subparagraph b) (i) of paragraph 2 of Article 10, the competent authority of Austria shall certify whether or not the conditions for exemption of the dividends under the domestic laws of Austria are met.

### **2. ad Articles 12 and 13**

In respect of Articles 12 and 13 of the Agreement it is understood that in the case of any payment received as a consideration for the sale of the property, the provisions of Article 13 shall apply, unless it is proved that the payment in question is not a payment for genuine alienation of the said property. In such case the provisions of Article 12 shall apply.

### **3. ad Article 21**

Income derived by a resident of a Contracting State from the other Contracting State under a legal claim to maintenance may not be taxed in the first-mentioned State if such income would be exempt from tax according to the laws of the other Contracting State.

### **4. ad subparagraph e) of paragraph 1 of Article 22**

It is understood that subparagraph e) of paragraph 1 of Article 22 will not apply if the form of a transaction giving rise for the application of those provisions was mainly chosen with a view to avoid taxes.

### **5. ad paragraph 2 of Article 24**

It is understood that with respect to paragraph 2 of Article 24 the taxpayer must in the case of Turkey claim the refund resulting from such mutual agreement within a period of one year after the tax administration has notified the taxpayer of the result of the mutual agreement.

IN WITNESS WHEREOF the Plenipotentiaries of the two Contracting States, duly authorised thereto, have signed this Protocol.

Done in duplicate at Vienna on this 28<sup>th</sup> day of March 2008, in the German, Turkish and English languages, all three texts being equally authentic. In the case of divergence of interpretation the English text shall prevail.

**For the Republic of Austria**

Wilhelm Molterer m.p.

**For the Republic of Turkey**

Kemal Unakitan m.p.

**TÜRKİYE CUMHURİYETİ İLE  
AVUSTURYA CUMHURİYETİ ARASINDA  
GELİR ÜZERİNDEN ALINAN VERGİLERDE  
ÇİFTE VERGİLENDİRMEYİ ÖNLEME ANLAŞMASI**

**TÜRKİYE CUMHURİYETİ  
İLE  
AVUSTURYA CUMHURİYETİ**

**Gelir üzerinden alınan vergilerde çifte vergilendirmeyi önleyen bir anlaşma yapmak isteğiyle aşağıdaki şekilde anlaşmışlardır:**

## **Madde 1 KAPSANAN KİŞİLER**

Bu Anlaşma, Akit Devletlerden birinin veya her ikisinin mukimi olan kişilere uygulanacaktır.

## **Madde 2 KAVRANAN VERGİLER**

(1) Bu Anlaşma, ne şekilde alındığına bakılmaksızın, bir Akit Devlet veya politik alt bölümleri ya da mahalli idareleri adına gelir üzerinden alınan vergilere uygulanacaktır.

(2) Menkul veya gayrimenkul varlıkların devrinden doğan kazançlara uygulanan vergiler ile teşebbüsler tarafından ödenen ücret ya da maaşların toplam tutarı üzerinden alınan vergiler ve bunun yanı sıra sermaye değer artışlarına uygulanan vergiler de dahil olmak üzere toplam gelir veya gelirin unsurları üzerinden alınan tüm vergiler, gelir üzerinden alınan vergiler olarak kabul edilecektir.

(3) Anlaşmanın uygulanacağı mevcut vergiler özellikle:

a) Avusturya'da:

- i. Gelir vergisi (die Einkommensteuer);
- ii. Kurumlar vergisi (die Körperschaftsteuer);

(bundan böyle "Avusturya vergisi" olarak bahsedilecektir);

b) Türkiye'de:

- i. Gelir vergisi;
- ii. Kurumlar vergisi;

(bundan böyle "Türk vergisi" olarak bahsedilecektir).

(4) Anlaşma aynı zamanda, Anlaşmanın imza tarihinden sonra mevcut vergilere ilave olarak veya onların yerine alınan ve mevcut vergilerle aynı nitelikte olan veya onlara önemli ölçüde benzeyen vergilere de uygulanacaktır. Akit Devletlerin yetkili makamları, vergi mevzuatlarında yapılan önemli değişiklikleri birbirlerine bildireceklerdir.

## **Madde 3 GENEL TANIMLAR**

(1) Bu Anlaşmanın amaçları bakımından, metin aksini gerektirmedikçe:

- a) (i) "Avusturya" terimi, uluslararası hukuka uygun olarak Avusturya Cumhuriyeti'nin egemenliği altında bulunan toprakları ifade eder;

(ii) "Türkiye" terimi, karasuları ve üzerinde bulunan hava sahası dahil olmak üzere, Türkiye'nin sahip olduğu egemenlik alanını, bunun yanı sıra uluslararası hukuka uygun olarak doğal kaynakların aranması, işletilmesi ve korunması amacıyla yargı yetkisi veya egemenlik haklarına sahip olduğu deniz alanlarını ifade eder;

b) "Bir Akit Devlet" ve "diğer Akit Devlet" terimleri metnin gereğine göre, Avusturya veya Türkiye anlamına gelir;

c) "Vergi" terimi, bu Anlaşmanın 2 nci maddesinde kavranan herhangi bir vergi anlamına gelir;

d) "Kişi" terimi, bir gerçek kişiyi, bir şirketi ve kişilerin oluşturduğu diğer herhangi bir kuruluşu kapsar;

e) "Şirket" terimi, herhangi bir kurum veya vergileme yönünden kurum olarak muamele gören herhangi bir kuruluş anlamına gelir;

f) "Kanuni ana merkez" terimi sırasıyla, Türk Ticaret Kanunu veya Avusturya Mali Kanunu kapsamındaki kanuni merkez (Kanuni Merkez, Sitz) anlamına gelir;

g) "Vatandaş" terimi:

(i) bir Akit Devletin vatandaşlığına sahip herhangi bir gerçek kişiyi;

(ii) bir Akit Devlette yürürlükte olan mevzuata göre statü kazanan herhangi bir tüzel kişiliği, ortaklığı veya derneği

ifade eder;

h) "Bir Akit Devlet teşebbüsü" ve "diğer Akit Devlet teşebbüsü" terimleri, sırasıyla, bir Akit Devlet mukimi tarafından işletilen bir teşebbüsü ve diğer Akit Devlet mukimi tarafından işletilen bir teşebbüsü ifade eder;

i) "Yetkili makam" terimi;

(i) Avusturya'da: Federal Maliye Bakanını veya onun yetkili temsilcisini;

(ii) Türkiye'de: Maliye Bakanını veya onun yetkili temsilcisini

ifade eder;

j) "Uluslararası trafik" terimi, yalnızca diğer Akit Devletin sınırları içinde bulunan yerler arasında yapılan gemi veya uçak işletmeciliği hariç olmak üzere, bir Akit Devlet teşebbüsü tarafından gemi veya uçak işletilerek yapılan her türlü taşımacılığı ifade eder.

(2) Anlaşmanın herhangi bir tarihte bir Akit Devlet tarafından uygulanması bakımından, Anlaşmada tanımlanmamış herhangi bir terim, metin aksini gerektirmedikçe, bu Anlaşmanın uygulandığı vergilerin amaçları bakımından, o tarihte bu Devletin mevzuatında öngörülen anlamı taşıyacak ve bu Devletin yürürlükteki vergi mevzuatında yer alan herhangi bir anlam, bu Devletin diğer mevzuatında bu terime verilen anlama göre üstünlük taşıyacaktır.

## **Madde 4 MUKİM**

(1) Bu Anlaşmanın amaçları bakımından, "bir Akit Devletin mukimi" terimi, bu Devlet, herhangi bir politik alt bölümü veya mahalli idaresi de dahil olmak üzere, o Devletin mevzuatı gereğince ev, ikametgah, kanuni ana merkez, yönetim yeri veya benzer yapıda diğer herhangi bir kriter nedeniyle burada vergi mükellefi olan herhangi bir kişi anlamına gelir. Ancak bu terim, yalnızca o Devletteki kaynaklardan elde edilen gelir nedeniyle, o Devlette vergiye tabi tutulan herhangi bir kişiyi kapsamaz.

(2) 1 inci fıkra hükümleri dolayısıyla bir gerçek kişi her iki Akit Devletin de mukimi olduğunda, bu kişinin durumu aşağıdaki şekilde belirlenecektir:

- a) Bu kişi, yalnızca daimi olarak kalabileceği bir evin bulunduğu Devletin mukimi kabul edilecektir. Eğer bu kişinin her iki Devlette de daimi olarak kalabileceği bir evi varsa, bu kişi, yalnızca kişisel ve ekonomik ilişkilerinin daha yakın olduğu (hayati menfaatlerin merkezi olan) Devletin bir mukimi kabul edilecektir;
- b) Eğer kişinin hayati menfaatlerinin merkezinin yer aldığı Devlet saptanamazsa veya her iki Devlette de daimi olarak kalabileceği bir evi yoksa bu kişi yalnızca kalmayı adet edindiği evin bulunduğu Devletin bir mukimi kabul edilecektir;
- c) Eğer kişinin her iki Devlette de kalmayı adet edindiği bir ev varsa veya her iki Devlette de böyle bir ev söz konusu değilse, bu kişi yalnızca vatandaşı olduğu Devletin mukimi kabul edilecektir;
- d) Eğer kişi her iki Devletin de vatandaşıysa veya her iki Devletin de vatandaşı değilse, Akit Devletlerin yetkili makamları sorunu karşılıklı anlaşma yoluyla çözmeye gayret edeceklerdir.

(3) Gerçek kişi dışındaki bir kişi, 1 inci fıkra hükümleri dolayısıyla her iki Akit Devletin de mukimi olduğunda, Akit Devletlerin yetkili makamları karşılıklı anlaşma yoluyla sorunu çözmeye ve bu Anlaşmanın söz konusu kişiye uygulanma biçimini belirlemeye gayret edeceklerdir. Böyle bir mutabakata varılamaması durumunda, söz konusu kişinin Anlaşmayla tanınan herhangi bir istisna veya muafiyetten yararlanma talebinde bulunma hakkı olmayacaktır.

## **Madde 5 İŞYERİ**

(1) Bu Anlaşmanın amaçları bakımından "işyeri" terimi, bir teşebbüsün işinin tamamen veya kısmen yürütüldüğü işe ilişkin sabit bir yer anlamına gelir.

(2) "İşyeri" terimi özellikle şunları kapsamına alır:

- a) Yönetim yeri;
- b) Şube;

- c) Büro;
- d) Fabrika;
- e) Atölye, ve
- f) Maden ocağı, petrol veya doğal gaz kuyusu, taş ocağı veya doğal kaynakların çıkarıldığı diğer herhangi bir yer.

(3) Bir inşaat şantiyesi ya da yapım, montaj veya kurma projesi veya bunlarla ilgili gözetim faaliyetleri yalnızca 6 ayı aşan bir süre boyunca devam etmesi durumunda bir işyeri oluşturur.

(4) Bu maddenin daha önceki hükümleri ile bağlı kalınmaksızın, "işyeri" teriminin aşağıdaki hususları kapsamadığı kabul edilecektir:

- a) Tesislerinin, teşebbüse ait malların veya ticari eşyanın yalnızca depolanması, teşhiri veya teslimi amacıyla kullanılması;
- b) Teşebbüse ait mal veya ticari eşya stoklarının, yalnızca depolama, teşhir veya teslim amacıyla elde tutulması;
- c) Teşebbüse ait mal veya ticari eşya stoklarının, yalnızca bir başka teşebbüse işlettilmesi amacıyla elde tutulması;
- d) İşe ilişkin sabit bir yerin, yalnızca teşebbüse mal veya ticari eşya satın alma veya bilgi toplama amacıyla elde tutulması;
- e) İşe ilişkin sabit bir yerin, teşebbüs için yalnızca hazırlayıcı veya yardımcı karakter taşıyan diğer herhangi bir işin yürütülmesi amacıyla elde tutulması;
- f) İşe ilişkin sabit bir yerin, yalnızca (a) ila (e) bentlerinde bahsedilen faaliyetlerin birkaçını bir arada icra etmek için elde tutulması; ancak söz konusu faaliyetlerin bir arada yürütülmesi sonucunda işe ilişkin sabit yerde oluşan bütün bu faaliyetlerin hazırlayıcı veya yardımcı nitelikte olması şarttır.

(5) 1 inci ve 2 nci fıkra hükümleri ile bağlı kalınmaksızın, bir kişi -6 ncı fıkranın uygulanacağı bağımsız nitelikteki bir acente dışında- bir Akit Devlette, diğer Akit Devletin bir teşebbüsü adına hareket ederse, bu teşebbüs, aşağıda belirtilen şartlarla, bu kişinin teşebbüs için gerçekleştirdiği her türlü faaliyet dolayısıyla ilk bahsedilen Akit Devlette bir işyerine sahip kabul edilecektir:

- a) eğer bu kişi, o Devlette teşebbüs adına mukavele akdetme yetkisine sahip olur ve bu yetkisini mutaden kullanırsa, söz konusu kişinin faaliyetleri 4 üncü fıkrada belirtilen ve işe ilişkin sabit bir yerden yapılması durumunda, o fıkra hükümleri uyarınca bu yeri işyeri haline getirmeyen nitelikteki faaliyetlerle sınırlı olmadıkça; veya
- b) eğer bu kişi, böyle bir yetkisi olmamasına rağmen, teşebbüs adına düzenli olarak sevk ettiği mallardan veya ticari eşyadan ilk bahsedilen Devlette mutaden mal veya ticari eşya stoku bulundurursa.

(6) Bir Akit Devlette, bir teşebbüs işlerini yalnızca, kendi işlerine olağan şekilde devam eden bir simsar, genel komisyon acentesi veya bağımsız statüde diğer herhangi bir acente vasıtasıyla yürüttüğü için bu Devlette bir işyerine sahip kabul olunmayacaktır.

(7) Bir Akit Devletin mukimi olan bir şirket, diğer Akit Devletin mukimi olan veya bu diğer Devlette ticari faaliyette bulunan (bir işyeri vasıtasıyla veya diğer bir şekilde) bir şirketi kontrol eder ya da onun tarafından kontrol edilirse, bu şirketlerden herhangi biri diğeri için bir işyeri oluşturmayacaktır.

## **Madde 6**

### **GAYRİMENKUL VARLIKLARDAN ELDE EDİLEN GELİR**

(1) Bir Akit Devlet mukiminin diğer Akit Devlette bulunan gayrimenkul varlıklardan elde ettiği gelir (tarım veya ormancılıktan elde edilen gelir dahil), bu diğer Devlette vergilendirilebilir.

(2) "Gayrimenkul varlık" terimi, söz konusu varlığın bulunduğu Akit Devletin mevzuatına göre tanımlanacaktır. Terim her halükarda gayrimenkul varlığa müteferri varlıkları, tarım (balık üretimi ve yetiştiriciliği dahil) ve ormancılıkta kullanılan araçları ve hayvanları, özel hukuk hükümlerinin uygulanacağı gayrimenkul mülkiyetine ilişkin hakları, gayrimenkul intifa haklarını ve maden ocaklarının, kaynakların ve diğer doğal kaynakların işletilmesi veya işletme hakkı karşılığında doğan sabit ya da değişken ödemeler üzerindeki hakları kapsayacak; gemiler, vapurlar ve uçaklar gayrimenkul varlık olarak değerlendirilmeyecektir.

(3) 1 inci fıkra hükümleri, gayrimenkul varlığın doğrudan kullanımından, kiralanmasından veya diğer herhangi bir şekilde kullanımından elde edilen gelire uygulanacaktır.

(4) 1 inci ve 3 üncü fıkra hükümleri aynı zamanda, bir teşebbüsün gayrimenkul varlıklarından elde edilen gelir ile serbest meslek faaliyetlerinin icrasında kullanılan gayrimenkul varlıklardan elde edilen gelire de uygulanacaktır.

## **Madde 7**

### **TİCARİ KAZANÇLAR**

(1) Bir Akit Devlet teşebbüsüne ait kazanç, söz konusu teşebbüs diğer Akit Devlette yer alan bir işyeri vasıtasıyla orada ticari faaliyette bulunmadıkça, yalnızca bu Devlette vergilendirilecektir. Eğer teşebbüs yukarıda bahsedilen şekilde ticari faaliyette bulunursa, teşebbüsün kazançları bu diğer Devlette, yalnızca bu işyerine atfedilebilen miktarla sınırlı olmak üzere vergilendirilebilir.

(2) 3 üncü fıkra hükümleri saklı kalmak üzere, bir Akit Devlet teşebbüsü diğer Akit Devlette yer alan bir işyeri vasıtasıyla orada ticari faaliyette bulunduğu anda, her iki Akit Devlette de bu işyerine atfedilecek kazanç, bu işyeri aynı veya benzer koşullar altında, aynı veya benzer faaliyetlerde bulunan ayrı ve bağımsız bir teşebbüs olsaydı ve işyerini oluşturduğu teşebbüsten tamamen bağımsız bir faaliyet gösterseydi ne kazanç elde edecek ise aynı miktarda bir kazanç olacaktır.

(3) Bir işyerinin kazancı belirlenirken, işyerinin bulunduğu Devlette veya başka herhangi bir yerde yapılan, yönetim ve genel idare giderleri de dahil olmak üzere, işyerinin amaçlarına uygun olan giderlerin indirilmesine müsaade edilecektir.

(4) Bir işyerine, bu işyeri tarafından teşebbüs adına yalnızca mal veya ticari eşya satın alınması dolayısıyla hiç bir kazanç atfedilmeyecektir.

(5) Kazanç, bu Anlaşmanın diğer maddelerinde ayrı olarak düzenlenen gelir unsurlarını da kapsamına aldığı anda, o maddelerin hükümleri bu madde hükümlerinden etkilenmeyecektir.

## **Madde 8**

### **DENİZ VE HAVA TAŞIMACILIĞI**

(1) Bir Akit Devlet teşebbüsünün uluslararası trafikte gemi veya uçak işletmeciliğinden elde ettiği kazançlar, yalnızca bu Devlette vergilendirilecektir.

(2) Bu maddenin amaçları bakımından, bir Akit Devlet teşebbüsünün uluslararası trafikte gemi veya uçak işletmeciliğinden elde ettiği kazançlar, 1 inci fıkra hükümlerinin uygulanacağı kazançların yanı sıra arızı olarak elde edilmeleri koşuluyla, konteynerlerin kullanımından ya da kiralanmasından elde edilen kazançları da kapsayacaktır.

(3) 1 inci ve 2 nci fıkra hükümleri aynı zamanda, bir ortaklığa, bir ortak teşebbüse veya uluslararası faaliyet gösteren bir acenteye iştirak dolayısıyla elde edilen kazançlara da uygulanacaktır.

## **Madde 9**

### **BAĞIMLI TEŞEBBÜSLER**

(1) a) Bir Akit Devlet teşebbüsü doğrudan veya dolaylı olarak diğer Akit Devlet teşebbüsünün yönetim, kontrol veya sermayesine katıldığı anda, veya

b) Aynı kişiler doğrudan veya dolaylı olarak bir Akit Devlet teşebbüsünün ve diğer Akit Devlet teşebbüsünün yönetim, kontrol veya sermayesine katıldığı anda,

ve her iki halde de, iki teşebbüs arasındaki ticari veya mali ilişkilerde oluşan veya oluşturulan koşullar, bağımsız teşebbüsler arasında oluşması gereken koşullardan farklılaştığında, bu şartlar altında, teşebbüslerden birisinde olması gereken, fakat bu koşullar nedeniyle kendini göstermeyen kazanç, o teşebbüsün kazancına eklenir ve buna göre vergilendirilebilir.

(2) Bir Akit Devletin kendi teşebbüsünün kazancına dahil edip vergilendirdiği kazanç, diğer Akit Devlette vergilendirilen diğer Devletin teşebbüsünün kazancını içermesi ve aynı zamanda ilk bahsedilen Devletin kavradığı bu kazancın, iki bağımsız teşebbüs arasında olması gereken koşullar göz önünde tutularak, sonradan ilk bahsedilen Devletçe yapılan hesaplamalar sonucunda belirlenen kazanç olması durumunda, diğer Devlet bu belirlemenin yerinde olduğu kanaatine varırsa, söz konusu kazanç üzerinden alınan verginin miktarında gerekli düzeltmeleri yapacaktır. Bu düzeltme yapılırken, bu Anlaşmanın diğer hükümleri göz önünde tutulacak ve gerektiğinde Akit Devletlerin yetkili makamları birbirlerine danışacaklardır.

## **Madde 10 TEMETTÜLER**

(1) Bir Akit Devletin mukimi olan bir şirket tarafından diğer Akit Devletin bir mukimine ödenen temettüler, bu diğer Devlette vergilendirilebilir.

(2) Bununla beraber söz konusu temettüler, temettüyü ödeyen şirketin mukim olduğu Akit Devlette ve bu Devletin mevzuatına göre de vergilendirilebilir; ancak, temettünün gerçek lehdarı diğer Akit Devletin bir mukimi ise, bu şekilde alınacak vergi:

a) Avusturya yönünden:

(i) temettünün gerçek lehdarı, temettü ödeyen şirketin sermayesinin doğrudan doğruya en az yüzde 25 ini elinde tutan bir şirket (ortaklık hariç) ise, gayrisafi temettü tutarının yüzde 5 ini;

(ii) tüm diğer durumlarda gayrisafi temettü tutarının yüzde 15 ini;

b) Türkiye yönünden:

(i) temettünün gerçek lehdarı, temettü ödeyen şirketin sermayesinin doğrudan en az yüzde 25 ini elinde tutan bir şirket (ortaklık hariç) ise, söz konusu temettülerin Avusturya'da vergiden istisna edilmesi koşuluyla gayrisafi temettü tutarının yüzde 5 ini;

(ii) tüm diğer durumlarda gayrisafi temettü tutarının yüzde 15 ini

aşmayacaktır.

Bu fıkra, temettülerin ödendiği kazançlar yönünden şirketin vergilendirilmesini etkilemeyecektir.

(3) Bu maddede kullanılan "temettü" terimi, hisse senetlerinden, intifa senetlerinden veya intifa haklarından, kurucu hisse senetlerinden veya alacak niteliğinde olmayıp kazanca katılmayı sağlayan diğer haklardan elde edilen gelirleri, bunun yanı sıra dağıtımı yapan şirketin mukim olduğu Devletin mevzuatına göre, vergileme yönünden hisse senetlerinden elde edilen gelirle aynı muameleyi gören diğer şirket haklarından elde edilen gelirler ile yatırım fonu ve yatırım ortaklığından elde edilen gelirleri ifade eder.

(4) Diğer Akit Devlette yer alan bir işyeri vasıtasıyla ticari faaliyette bulunan bir Akit Devlet şirketinin kazancı, 7 nci maddeye göre vergilendirildikten sonra, kalan kısım üzerinden, işyerinin bulunduğu Akit Devlette vergilendirilebilir; ancak bu şekilde alınacak vergi, kalan kısmın yüzde 5 ini aşmayacaktır.

(5) Bir Akit Devlet mukimi olan temettünün gerçek lehdarı, temettüyü ödeyen şirketin mukim olduğu diğer Akit Devlette yer alan bir işyeri vasıtasıyla orada ticari faaliyette bulunursa veya bu diğer Devlette yer alan sabit bir yer vasıtasıyla orada serbest meslek faaliyeti icra ederse ve söz konusu temettü elde ediş olayı ile bu işyeri veya sabit yer arasında etkin bir bağ bulunmaktaysa, 1 inci ve 2 nci fıkra hükümleri uygulanmayacaktır. Bu durumda, olayına göre 7 nci veya 14 üncü madde hükümleri uygulanacaktır.

(6) Bu maddenin 4 üncü fıkraya hükmü saklı kalmak üzere, bir Akit Devlet mukimi olan bir şirket, diğer Akit Devletten kazanç veya gelir elde ettiğinde, bu diğer Devlet, temettülerin kendi mukimlerinden birine ödenmesi veya temettü elde edilmesi ile bu diğer Devlette bulunan bir işyeri veya sabit yer arasında etkin bir bağ bulunması durumları hariç olmak üzere, bu şirket tarafından ödenen temettüler üzerinden herhangi bir vergi alamaz. Aynı şekilde bu diğer Devlet, ödenen temettülerin veya dağıtılmamış kazancın tamamen veya kısmen bu diğer Devlette elde edilen kazanç veya gelir olup olmadığına bakmaksızın, bu şirketin dağıtılmayan kazançları üzerinden dağıtılmayan kazançlara uygulanan bir vergi alamaz.

## **Madde 11** **FAİZ**

(1) Bir Akit Devlette doğan ve diğer Akit Devletin bir mukimine ödenen faiz, bu diğer Devlette vergilendirilebilir.

(2) Bununla beraber söz konusu faiz, elde edildiği Akit Devlette ve o Devletin mevzuatına göre de vergilendirilebilir; ancak faizin gerçek lehdarı diğer Akit Devletin bir mukimi ise, bu şekilde alınacak vergi:

- a) Oesterreichische Kontrollbank AG ya da amacı ihracatı teşvik etmek olan benzeri bir Türk kamu kuruluşu tarafından, ihracatı teşvik etmek amacıyla verilen, garanti edilen ya da sigortalanan bir borç ya da alacaktan dolayı ödenen faizin gayrisafi tutarının yüzde 5 ini;
- b) Faiz bir banka tarafından elde edilmişse, gayrisafi faiz tutarının yüzde 10 unu;
- c) Tüm diğer durumlarda gayrisafi faiz tutarının yüzde 15 ini aşmayacaktır.

(3) 2 nci fıkraya hükümlerine bakılmaksızın, faizin diğer Akit Devlete ya da bu diğer Devletin Merkez Bankası'na ödenmesi durumunda, söz konusu faiz elde edildiği Akit Devlette vergiden istisna edilecektir.

(4) Bununla beraber, komanditer ortağın, komanditer olarak iştirakinden ya da borca katılma ve kar paylı tahvillerden elde ettiği gelir dahil olmak üzere, kazanç katılma hakkı sağlayan haklardan ya da alacaklardan elde ettiği gelir, gelirin doğduğu Akit Devlette ve o Devletin mevzuatına göre vergilendirilebilir.

(5) Bu maddede kullanılan "faiz" terimi, ipotek garantisine bağlı olsun olmasın veya borçlunun kazancına katılma hakkını tanıyan tanımasın, her nevi alacaktan doğan gelirleri ve özellikle kamu menkul kıymetleri ile tahvil veya borç senetlerinden elde edilen gelirler ile söz konusu menkul kıymet, tahvil veya borç senetlerine bağlı prim ve ikramiyeleri ifade eder.

(6) Bir Akit Devlet mukimi olan faizin gerçek lehdarı, faizin elde edildiği diğer Akit Devlette yer alan bir işyeri vasıtasıyla orada ticari faaliyette bulunursa veya bu diğer Devlette yer alan sabit bir yer vasıtasıyla orada serbest meslek faaliyetinde bulunursa ve söz konusu faizin ödendiği alacak ile bu işyeri veya sabit yer arasında etkin bir bağ bulunmaktaysa, 1, 2, 3 ve 4 üncü fıkraya hükümleri uygulanmayacaktır. Bu durumda, olayına göre, 7 nci veya 14 üncü madde hükümleri uygulanacaktır.

(7) Bir Akit Devletin kendisi, politik alt bölümü, mahalli idaresi ya da bu Devletin bir mukimi tarafından ödenen faizin, o Devlette elde edildiği kabul olunacaktır. Bununla beraber, faiz ödeyen kişi, bir Akit Devletin mukimi olsun veya olmasın, bir Akit Devlette faiz ödemeye neden olan borç-alacak ilişkisiyle bağlantılı bir işyerine veya sabit yere sahip olduğunda ve faiz bu işyeri veya sabit yerden kaynaklandığında, söz konusu faizin, işyerinin veya sabit yerin bulunduğu Devlette elde edildiği kabul olunacaktır.

(8) Alacak karşılığında ödenen faizin miktarı, ödeyici ile gerçek lehdar arasında veya her ikisi ile bir başka kişi arasında var olan özel ilişki nedeniyle, böyle bir ilişkinin olmadığı durumda ödeyici ve lehdar arasında kararlaştırılacak miktarı aştığında, bu madde hükümleri yalnızca en son bahsedilen miktara uygulanacaktır. Bu durumda ilave ödeme, bu Anlaşmanın diğer hükümleri de dikkate alınarak, her bir Akit Devletin mevzuatına göre vergilendirilecektir.

## **Madde 12**

### **GAYRİMADDİ HAK BEDELLERİ**

(1) Bir Akit Devlette doğan ve diğer Akit Devletin bir mukimine ödenen gayrimaddi hak bedelleri, bu diğer Devlette vergilendirilebilir.

(2) Bununla beraber, söz konusu gayrimaddi hak bedelleri elde edildikleri Akit Devlette ve o Devletin mevzuatına göre de vergilendirilebilir; ancak gayrimaddi hak bedelinin gerçek lehdarı diğer Akit Devletin bir mukimi ise, bu şekilde alınacak vergi gayrimaddi hak bedelinin gayrisafi tutarının yüzde 10 unu aşmayacaktır.

(3) Bu maddede kullanılan "gayrimaddi hak bedelleri" terimi, sinema filmleri ile radyo ve televizyon kayıtları dahil olmak üzere, edebi, sanatsal veya bilimsel her nevi telif hakkının, her nevi patentin, alameti farikanın, desen veya modelin, planın, gizli formül veya üretim yönteminin veya sınai, ticari veya bilimsel teçhizatın kullanımı veya kullanım hakkı karşılığında veya sınai, ticari veya bilimsel tecrübeye dayalı bilgi birikimi karşılığında yapılan her türlü ödemeyi ifade eder.

(4) Bir Akit Devlet mukimi olan gayrimaddi hak bedelinin gerçek lehdarı, söz konusu bedelin elde edildiği diğer Akit Devlette yer alan bir işyeri vasıtasıyla orada ticari faaliyette bulunursa veya bu diğer Devlette yer alan sabit bir yer vasıtasıyla orada serbest meslek faaliyetinde bulunursa ve söz konusu bedelin ödendiği hak veya varlık ile bu işyeri veya sabit yer arasında etkin bir bağ bulunmaktaysa, 1 inci ve 2 nci fıkra hükümleri uygulanmayacaktır. Bu durumda, olayına göre, 7 nci veya 14 üncü madde hükümleri uygulanacaktır.

(5) Bir Akit Devletin kendisi, politik alt bölümü, mahalli idaresi ya da bu Devletin bir mukimi tarafından ödenen gayrimaddi hak bedelinin, o Devlette elde edildiği kabul olunacaktır. Bununla beraber, gayrimaddi hak bedelini ödeyen kişi, bir Akit Devletin mukimi olsun veya olmasın, bir Akit Devlette gayrimaddi hak bedelini ödemeye neden olan hak veya varlık ile bağlantılı bir işyerine veya sabit yere sahip olduğunda ve gayrimaddi hak bedeli bu işyeri veya sabit yerden kaynaklandığında, söz konusu gayrimaddi hak bedelinin, işyerinin veya sabit yerin bulunduğu Akit Devlette elde edildiği kabul olunacaktır.

(6) Kullanım, hak veya bilgi karşılığında ödenen gayrimaddi hak bedelinin miktarı, ödeyici ile gerçek lehdar arasında veya her ikisi ile bir başka kişi arasında var olan özel ilişki nedeniyle, böyle bir ilişkinin olmadığı durumlarda ödeyici ile gerçek lehdar arasında kararlaştırılacak miktarı aştığında, bu madde hükümleri yalnızca en son bahsedilen miktara uygulanacaktır. Bu durumda ilave ödeme, bu Anlaşmanın diğer hükümleri de dikkate alınarak, her bir Akit Devletin mevzuatına göre vergilendirilecektir.

### **Madde 13**

## **SERMAYE DEĞER ARTIŞ KAZANÇLARI**

(1) Bir Akit Devlet mukimince, diğer Akit Devlette yer alan ve 6 ncı maddede belirtilen gayrimenkul varlıkların elden çıkarılmasından sağlanan kazançlar, bu diğer Devlette vergilendirilebilir.

(2) Bir Akit Devlet teşebbüsünün diğer Akit Devlette sahip olduğu bir işyerinin ticari varlığına dahil menkul varlıkların veya bir Akit Devlet mukiminin diğer Akit Devlette serbest meslek faaliyeti icra etmek üzere kullandığı sabit bir yere ait menkul varlıkların elden çıkarılmasından doğan kazançlar, bu işyerinin (yalnız veya tüm teşebbüsle birlikte) veya sabit yerin elden çıkarılmasından doğan kazanç da dahil olmak üzere, bu diğer Devlette vergilendirilebilir.

(3) Bir Akit Devlet mukiminin, uluslararası trafikte işletilen gemi veya uçakların veya söz konusu gemi veya uçakların işletilmesiyle ilgili menkul varlıkların elden çıkarılmasından sağladığı kazançlar, yalnızca o Devlette vergilendirilecektir.

(4) 1, 2 ve 3 üncü fıkralarda belirtilenlerin dışında kalan varlıkların elden çıkarılmasından sağlanan kazançlar, yalnızca elden çıkaranın mukim olduğu Akit Devlette vergilendirilecektir. Bununla beraber, bundan bir önceki cümlede bahsedilen ve diğer Akit Devlette elde edilen sermaye değer artış kazançları, iktisap ve elden çıkarma arasındaki süre bir yılı aşmadığı takdirde, bu diğer Akit Devlette vergilendirilecektir.

### **Madde 14**

## **SERBEST MESLEK FAALİYETLERİ**

(1) Bir Akit Devlet mukiminin serbest meslek hizmetleri veya bağımsız nitelikteki diğer faaliyetleri dolayısıyla elde ettiği gelir, yalnızca bu Devlette vergilendirilecektir. Bununla beraber bu hizmet veya faaliyetler diğer Devlette icra edilirse ve eğer:

- a) bu kişi, bu diğer Devlette, söz konusu hizmet veya faaliyetleri icra etmek amacıyla sürekli kullanabileceği sabit bir yere sahip ise; veya
- b) bu kişi, bu diğer Devlette, söz konusu hizmet veya faaliyetleri icra etmek amacıyla, 12 aylık herhangi bir kesintisiz dönemde, bir veya birkaç seferde toplam 183 gün veya daha uzun bir süre kalırsa,

söz konusu gelir aynı zamanda bu diğer Akit Devlette de vergilendirilebilir.

Böyle bir durumda, olayına göre, ya yalnızca söz konusu sabit yere atfedilebilen gelir, ya da yalnızca bu diğer Devlette bulunulan süre içinde icra edilen hizmet veya faaliyetlerden elde edilen gelir, bu diğer Devlette vergilendirilebilir.

(2) Bir Akit Devlet teşebbüsünün serbest meslek hizmetleri veya benzer nitelikteki diğer faaliyetleri dolayısıyla elde ettiği gelir, yalnızca bu Devlette vergilendirilecektir. Bununla beraber, eğer bu hizmet veya faaliyetler diğer Devlette icra edilirse ve eğer:

- a) Teşebbüs, bu hizmet veya faaliyetleri icra etmek üzere bu diğer Devlette bir işyerine sahip olursa veya,
- b) Faaliyetlerin icra edildiği süre veya süreler, 12 aylık herhangi bir kesintisiz dönemde toplam 183 günü aşarsa,

söz konusu gelir aynı zamanda bu diğer Akit Devlette de vergilendirilebilir.

Böyle bir durumda, olayına göre, yalnızca söz konusu işyerine atfedilebilen gelir veya yalnızca bu diğer Devlette icra edilen hizmet ya da faaliyetlere atfedilebilen gelir bu diğer Devlette vergilendirilebilir. Her iki durumda da, bu teşebbüs, söz konusu gelir, bu teşebbüsün diğer Devlette bulunan bir işyerine atfedilebilen bir gelirmiş gibi bu diğer Devlette, bu Anlaşmanın 7 nci maddesi hükümlerine göre vergilendirilmeyi tercih edebilir. Bu tercih, diğer Devletin söz konusu gelir üzerinden tevkifat suretiyle vergi alma hakkını etkilemeyecektir.

(3) "Serbest meslek faaliyetleri" terimi, özellikle bağımsız olarak yürütülen bilimsel, edebi, sanatsal, eğitici veya öğretici faaliyetleri, bunun yanı sıra doktorların, avukatların, mühendislerin, mimarların, dişçilerin ve muhasebecilerin bağımsız faaliyetlerini ve özel mesleki beceri gerektiren diğer faaliyetleri kapsamına alır.

## **Madde 15** **BAĞIMLI FAALİYETLER**

(1) 16, 18, 19 ve 20 nci maddelerin hükümleri saklı kalmak üzere, bir Akit Devlet mukiminin bir hizmet dolayısıyla elde ettiği ücret, maaş ve diğer benzeri gelirler, bu hizmet diğer Akit Devlette ifa edilmedikçe, yalnızca bu Devlette vergilendirilecektir. Hizmet diğer Devlette ifa edilirse, buradan elde edilen söz konusu gelir bu diğer Devlette vergilendirilebilir.

(2) 1 inci fıkra hükümlerine bakılmaksızın, bir Akit Devlet mukiminin diğer Akit Devlette ifa ettiği bir hizmet dolayısıyla elde ettiği gelir, eğer:

- a) Gelir elde eden kişi, diğer Devlette ilgili takvim yılı içinde başlayan veya biten herhangi bir 12 aylık dönemde bir veya bir kaç seferde toplam 183 günü aşmayan bir süre kalırsa, ve
- b) Ödeme, diğer Devletin mukimi olmayan bir işveren tarafından veya bu işveren adına yapılırsa, ve
- c) Ödeme, işverenin diğer Devlette sahip olduğu bir işyerinden veya sabit yerden yapılmazsa

yalnızca ilk bahsedilen Devlette vergilendirilecektir.

(3) Bu maddenin önceki hükümlerine bakılmaksızın, bir Akit Devlet teşebbüsü tarafından, uluslararası trafikte işletilen bir gemi veya uçakta ifa edilen bir hizmet dolayısıyla elde edilen gelir, bu Akit Devlette vergilendirilebilir.

## **Madde 16 MÜDÜRLERE YAPILAN ÖDEMELER**

Bir Akit Devlet mukiminin, diğer Akit Devlet mukimi olan bir şirketin yönetim kurulu üyesi olması dolayısıyla elde ettiği ücret ve diğer benzeri ödemeler, bu diğer Devlette vergilendirilebilir.

## **Madde 17 SANATÇI VE SPORCULAR**

(1) 14 ve 15 inci maddelerin hükümlerine bakılmaksızın, bir Akit Devlet mukimi olan tiyatro, sinema, radyo veya televizyon sanatçısı gibi bir sanatçının veya bir müzisyenin ya da bir sporcunun diğer Akit Devlette bu sıfatla icra ettiği şahsi faaliyetleri dolayısıyla elde ettiği gelir, bu diğer Devlette vergilendirilebilir.

(2) Bir sanatçının ya da sporcunun icra ettiği şahsi faaliyetlerden doğan gelir, sanatçının veya sporcunun kendisi adına değil de bir başkası adına tahakkuk ederse, bu gelir 7, 14 ve 15 inci maddelerin hükümleriyle bağlı kalınmaksızın, sanatçı ya da sporcunun faaliyetlerinin icra edildiği Akit Devlette vergilendirilebilir.

(3) Bir sanatçı ya da sporcunun bir Akit Devlette icra ettiği faaliyetlerden elde ettiği gelir, bu Devlete yapılan ziyaretin tamamen veya önemli ölçüde diğer Akit Devletin ya da politik alt bölümünün veya mahalli idaresinin kamusal fonlarından desteklenmesi halinde, bu Devlette vergiden istisna edilecektir.

## **Madde 18 EMEKLİ MAAŞLARI**

(1) Bu Anlaşmanın 19 uncu maddesinin 2 inci fıkrası hükümleri saklı kalmak üzere, geçmiş çalışmaların karşılığında ödenen emekli maaşları ve diğer benzeri ödemeler ile Akit Devletlerden her birinin sosyal güvenlik sistemi kapsamında yapılan her türlü ödeme ve bu maddenin 2 inci fıkrasında tanımlanan düzenli ödemeler, yalnızca ödeme yapılan kişinin mukim olduğu Devlette vergilendirilecektir.

(2) "Düzenli ödeme" terimi, para veya parayla ölçülebilir bir menfaat karşılığında tam ve yeterli ödemede bulunma yükümlülüğüne bağlı olarak, ömür boyu veya belirli ya da belirlenebilir bir süre, belirli zamanlarda, düzenli olarak ödenecek toplam meblağı ifade eder.

## **Madde 19 KAMU HİZMETİ**

- (1) a) Bir Akit Devlete, politik alt bölümüne veya mahalli idaresine bir gerçek kişi tarafından verilen hizmetler karşılığında bu Devlet, alt bölüm veya idare tarafından yapılan ve emekli maaşı dışında kalan ücret, maaş ve diğer benzeri ödemeler, yalnızca bu Devlette vergilendirilecektir.
- b) Bununla beraber, hizmet diğer Devlette ifa edilirse ve gerçek kişi bu diğer Devletin bir mukimi ise, söz konusu ücret, maaş ve diğer benzeri ödemeler yalnızca diğer Akit Devlette vergilendirilecektir. Ancak, bu kişinin;
- (i) bu Devletin bir vatandaşı olması; veya
- (ii) yalnızca bu hizmeti ifa etmek amacıyla bu Devletin bir mukimi durumuna geçmemiş olması
- gerekmektedir.
- (2) a) Bir Akit Devlete, politik alt bölümüne veya mahalli idaresine bir gerçek kişi tarafından verilen hizmetler karşılığında, bu Devlet, alt bölüm veya idare tarafından ödenen veya bunlarca oluşturulan fonlardan ödenen emekli maaşları, yalnızca bu Devlette vergilendirilecektir.
- b) Bununla beraber, gerçek kişinin diğer Akit Devletin bir mukimi ve vatandaşı olması halinde, söz konusu emekli maaşı yalnızca bu Devlette vergilendirilecektir.
- (3) Bir Akit Devlet, politik alt bölümü veya mahalli idaresi tarafından yürütülen ticari faaliyetlerle bağlantılı olarak verilen hizmetler karşılığında yapılan ücret, maaş ve diğer benzeri ödemeler ile emekli maaşlarına 15, 16, 17 ve 18 inci maddelerin hükümleri uygulanacaktır.
- (4) Benzer şekilde, bu maddenin 1 inci ve 3 üncü fıkraları, Türkiye'deki Avusturya Dış Ticaret Müsteşarı ve personeline yapılan ödemeler ile Türk Ticaret Odasına verilen hizmetler karşılığında bu Ticaret Odası tarafından bir gerçek kişiye yapılan ödemelere de uygulanacaktır.

## **Madde 20 ÖĞRENCİLER**

(1) Bir Akit Devleti ziyareti sırasında veya ziyaretinden hemen önce diğer Akit Devletin mukimi durumunda olan ve ilk bahsedilen Devlette yalnızca öğrenim veya mesleki eğitim amacıyla bulunan bir öğrenciye veya stajyere, geçimini, öğrenimini veya mesleki eğitimini sağlayabilmesi için yapılan ödemeler bu Devlette vergilendirilmeyecektir.

(2) Halihazırda ya da önceden bir Akit Devletin mukimi durumunda olan bir öğrenci veya stajyerin, diğer Akit Devlette ilgili mali yıl içinde bir veya birkaç seferde toplam 183 günü aşmayacak bir sürede ifa ettiği hizmet dolayısıyla elde ettiği ödemeler, hizmetin doğrudan bu kişinin ilk bahsedilen Devlette sürdürdüğü çalışmaları ya da mesleki eğitimi ile ilgili olması halinde bu diğer Devlette vergilendirilmeyecektir.

## **Madde 21** **DİĞER GELİRLER**

(1) Bir Akit Devlette doğan ve bu Anlaşmanın önceki maddelerinde açıkça bahsedilmeyen gelir unsurları, bu Devlette vergilendirilebilir.

(2) Her iki Akit Devletin dışında doğan gelir unsurları, yalnızca söz konusu geliri elde eden kişinin mukim olduğu Akit Devlette vergilendirilecektir.

## **Madde 22** **ÇİFTE VERGİLENDİRMENİN ÖNLENMESİ**

Çifte vergilendirme aşağıdaki şekilde önlenecektir:

(1) Avusturya'da:

- a) Bir Avusturya mukimi, bu Anlaşma hükümlerine göre Türkiye'de vergilendirilebilen bir gelir elde ettiğinde, Avusturya, b) ile e) bentleri hükümleri saklı kalmak üzere, söz konusu geliri vergiden istisna edecektir.
- b) Bir Avusturya mukimi, 10 uncu maddenin 2 nci fıkrası, 11 inci maddenin 2 nci ve 4 üncü fıkraları, 12 nci maddenin 2 nci fıkrası, 13 üncü maddenin 4 üncü fıkrasının ikinci cümlesi ve 21 inci maddenin 1 inci fıkrası hükümlerine göre Türkiye'de vergilendirilebilen bir gelir elde ettiğinde, Avusturya, bu mukimin geliri üzerinden ödeyeceği vergiden, Türkiye'de ödediği vergiye eşit bir miktarın mahsubuna müsaade edecektir. Bununla beraber söz konusu mahsup, Türkiye'de elde edilen gelir unsurlarına atfedilebilen, mahsuptan önce hesaplanan vergi miktarını aşmayacaktır.
- c) 10 uncu maddenin 2 inci fıkrasının b) (i) bendi bakımından, Türkiye mukimi olan bir şirket tarafından Avusturya mukimi olan bir şirkete ödenen temettüler, Avusturya iç mevzuatının ilgili hükümlerine-ki söz konusu mevzuat zaman zaman bu hükümlerin genel yapısını etkilemeden değişebilir- ve söz konusu mevzuatın gerektirdiği koşullardan küçük sapmalara bakılmaksızın Avusturya'da vergiden istisna edilecektir.
- d) Anlaşmanın herhangi bir hükmüne uygun olarak bir Avusturya mukimi tarafından elde edilen gelir Avusturya'da vergiden istisna edilirse, Avusturya, bu mukimin geriye kalan geliri üzerinden alınacak vergiyi hesaplarken, istisna edilen geliri de dikkate alabilir.
- e) Bir Avusturya mukimi Türkiye'den faiz veya gayrimaddi hak bedeli elde eder ve söz konusu faiz veya gayrimaddi hak bedelleri Türkiye'de, faiz için 11 inci maddenin 2 inci fıkrasının a) ile c) bentlerinde belirlenen oranlardan ve gayrimaddi hak bedelleri için ise yüzde 10'dan daha düşük bir oranda vergilendirilir ise, olayına göre faiz veya gayrimaddi hak bedelleri üzerinden alınan Avusturya vergisinden, söz konusu faiz ya da gayrimaddi hak bedelinin gayrisafi tutarının, faizlerde duruma göre yüzde 5, yüzde 10 ya da yüzde 15 ine, gayrimaddi hak bedellerinde ise yüzde 10 una eşit bir tutarın mahsubuna müsaade edilecektir.

## (2) Türkiye'de:

- a) Türkiye dışındaki bir ülkede ödenen vergilerin Türk vergisinden mahsubuna ilişkin Türk mevzuatı hükümleri saklı kalmak üzere, bir Türkiye mukiminin, Avusturya'daki kaynaklardan elde ettiği gelir (kazançlar ve vergiye tabi gelirler dahil) üzerinden, Avusturya mevzuatı gereğince ve bu Anlaşmaya uygun olarak ödenecek Avusturya vergisinin, söz konusu gelir üzerinden alınacak Türk vergisinden mahsubuna müsaade edilecektir. Bununla birlikte bu mahsup, söz konusu gelire atfedilebilen, mahsuptan önce hesaplanan Türk vergisi miktarını aşmayacaktır.
- b) Anlaşmanın herhangi bir hükmü uyarınca bir Türkiye mukimi tarafından elde edilen gelir Türkiye'de vergiden istisna edilirse, Türkiye, bu mukimin geriye kalan geliri üzerinden alınacak vergiyi hesaplarken, istisna edilmiş olan geliri de dikkate alabilir.

## **Madde 23**

### **AYRIM YAPILMAMASI**

(1) Bir Akit Devletin vatandaşları, diğer Akit Devlette, bu diğer Devletin vatandaşlarının aynı koşullarda, özellikle mukimlik yönünden, karşı karşıya kaldıkları veya kalabilecekleri vergilemeden ve buna bağlı mükellefiyetlerden değişik veya daha ağır bir vergilemeye ve buna bağlı mükellefiyetlere tabi tutulmayacaklardır. Bu hüküm aynı zamanda, 1 inci madde hükümleri ile bağlı kalımsızın, Akit Devletlerden birinin veya her ikisinin mukimi olmayan kişilere de uygulanacaktır.

(2) Bir Akit Devletin mukimi olan vatansız kişiler, her iki Akit Devlette de, ilgili Devletin vatandaşlarıyla aynı koşullarda, özellikle mukimlik yönünden, karşı karşıya kaldıkları veya kalabilecekleri vergilemeden ve buna bağlı mükellefiyetlerden değişik veya daha ağır bir vergilemeye ve buna bağlı mükellefiyetlere, tabi tutulmayacaklardır.

(3) 10 uncu maddenin 4 üncü fıkrası hükümleri saklı kalmak üzere, bir Akit Devlet teşebbüsünün diğer Akit Devlette sahip olduğu bir işyeri, diğer Devlette, bu diğer Devletin aynı faaliyetleri yürüten teşebbüslerine göre daha az lehe bir vergileme ile karşı karşıya kalmayacaktır. Bu hüküm, bir Akit Devletin kendi mukimlerine şahsi veya ailevi durumları dolayısıyla uyguladığı şahsi indirimleri, vergi ve matrah indirimlerini diğer Akit Devlet mukimlerine de uygulamak zorunda olduğu yönünde anlaşılmayacaktır.

(4) 9 uncu maddenin 1 inci fıkrası, 11 inci maddenin 8 inci fıkrası veya 12 nci maddenin 6 ncı fıkrası hükümlerinin uygulanacağı haller hariç olmak üzere, bir Akit Devlet teşebbüsünce diğer Akit Devletin bir mukimine ödenen faiz, gayrimaddi hak bedeli ve diğer ödemeler, söz konusu teşebbüsün vergilendirilebilir kazancının belirlenmesinde, bu ödemeler ilk bahsedilen Devletin bir mukimine yapılmış gibi aynı koşullarda indirilebilecektir.

(5) Bir Akit Devletin, diğer Akit Devletin bir veya birkaç mukimi tarafından, doğrudan veya dolaylı olarak, kısmen veya tamamen sermayesine sahip olunan veya kontrol edilen teşebbüsleri, ilk bahsedilen Devlette, bu Devletin diğer benzeri teşebbüslerinin tabi oldukları veya olabilecekleri vergilemeden veya buna bağlı mükellefiyetlerden değişik veya daha ağır bir vergilemeye ve buna bağlı mükellefiyetlere tabi tutulmayacaklardır.

## **Madde 24**

### **KARŞILIKLI ANLAŞMA USULÜ**

(1) Bir kişi, Akit Devletlerden birinin veya her ikisinin işlemlerinin kendisi için bu Anlaşma hükümlerine uygun düşmeyen bir vergileme yarattığı veya yaratacağı kanaatine vardığında, bu Devletlerin iç mevzuatlarında öngörülen çözüm yollarıyla bağlı kalmaksızın, durumu mukimi olduğu Akit Devletin yetkili makamına veya durumu 23 üncü maddenin 1 inci fıkrasına uygun düşerse, vatandaşı olduğu Akit Devletin yetkili makamına arz edebilir. Söz konusu müracaat, Anlaşma hükümlerine aykırı düşen bir vergilemeyle sonuçlanan eylemin ilk bildiriminden itibaren üç yıl içerisinde yapılmalıdır.

(2) Söz konusu yetkili makam, itirazı haklı bulur ancak kendisi tatminkar bir çözüme ulaşamaz ise, Anlaşmaya ters düşen vergilemeyi önlemek amacıyla, diğer Akit Devletin yetkili makamıyla karşılıklı anlaşma yoluyla konuyu çözmeye gayret sarf edecektir. Anlaşmaya varılan her husus, Akit Devletlerin iç mevzuatlarında öngörülen zamanaşımı sürelerine bakılmaksızın uygulanacaktır.

(3) Akit Devletlerin yetkili makamları, Anlaşmanın yorumundan veya uygulanmasından kaynaklanan her türlü güçlüğü veya tereddütü karşılıklı anlaşmayla çözmek için gayret göstereceklerdir. Yetkili makamlar aynı zamanda, Anlaşmada ele alınmayan durumlardan kaynaklanan çifte vergilendirmenin ortadan kaldırılması için de birbirlerine danışabilirler.

(4) Akit Devletlerin yetkili makamları, bundan önceki fıkralarda belirtilen hususlarda anlaşmaya varabilmek için birbirleriyle, kendilerinden veya temsilcilerinden oluşan bir Komisyon kanalı da dahil olmak üzere, doğrudan haberleşebilirler.

## **Madde 25**

### **BİLGİ DEĞİŞİMİ**

(1) Akit Devletlerin yetkili makamları, bu Anlaşma hükümlerinin yürütülmesi için gerekli olan bilgileri veya Anlaşma ile uyumsuzluk göstermediği sürece Akit Devletler, politik alt bölümleri veya mahalli idareleri adına alınan her tür ve tanımdaki vergilerle ilgili iç mevzuat hükümlerinin yürütülmesi için gerekli olan bilgileri değişime tabi tutacaklardır. Bilgi değişimi 1 inci ve 2 inci maddelerle sınırlı değildir. Bir Akit Devlet tarafından alınan her türlü bilgi, o Devletin kendi iç mevzuatı çerçevesinde elde ettiği bilgiler gibi gizli tutulacak ve yalnızca birinci cümlede bahsedilen vergilerin tahakkuk veya tahsilleri veya cebri icra ya da kovuşturmasıyla veya bu hususlardaki itirazlara bakmakla görevli kişi veya makamlara (adli makamlar ve idari kuruluşlar dahil), verilebilecektir. Bu kişi veya makamlar söz konusu bilgileri yalnızca bu amaçlar doğrultusunda kullanacaklardır. Bu kişi veya makamlar söz konusu bilgileri mahkeme duruşmalarında veya adli kararlar alınırken açıklayabilirler.

(2) 1 inci fıkra hükümleri, hiçbir surette bir Akit Devleti:

- a) Kendisinin veya diğer Akit Devletin mevzuatına ve idari uygulamalarına uymayacak idari önlemler alma;
- b) Kendisinin veya diğer Akit Devletin mevzuatı veya normal idari işlemleri çerçevesinde elde edilemeyen bilgileri sunma;

- c) Herhangi bir ticari, sınai, mesleki sırrı veya ticari işlemi aleni hale getiren bilgileri veya aleniyeti kamu düzenine aykırı düşen bilgileri verme

yükümlülüğü altına sokacak şekilde yorumlanamaz.

## **Madde 26**

### **TAHSİLATTA YARDIMLAŞMA**

Akit Devletler, vergilerin tahsilatında, bir Akit Devlet tarafından alınan vergilere mevcut Anlaşma ile tanınan muafiyetin, bu Anlaşmadan yararlanma hakkı olmayan kişiler lehine uygulanmayacağını güvence altına alabildikleri ölçüde, aşağıdaki şartlarla birbirlerine yardım etmeyi ve destek sağlamayı üstlenirler:

- a) talepte bulunan Devlet, tahsilatı için diğer akit Devletin aracılığı istenilen tutarların vadesinin geldiğini ve icra yoluyla istenebilir olduğunu belirten, kendi yetkili makamı tarafından onaylanmış belgenin bir örneğini sağlamak zorundadır.
- b) bu madde hükümlerine uygun olarak sağlanan belge, talepte bulunulan ülkenin kanunları uyarınca icraya verilebilir. Mevcut Avusturya mevzuatında bu belgelerin icrai takibatının, yetkili vergi dairesi tarafından yapılacağı belirtilmiştir.
- c) talepte bulunulan Devlet, kendisinin benzer vergi alacaklarını tahsil etme yöntemlerine uygun olarak tahsilatta bulunmaya gayret gösterecektir; ancak, tahsil edilecek olan vergi alacağı, talepte bulunulan Devlette rüçhanlı alacak olarak değerlendirilmeyecektir. Avusturya Cumhuriyeti'nde icrai uygulama Finanzprokuratur ya da onun adına hareket etmeye yetkili kılınan vergi dairesi tarafından talep edilecektir.
- d) Borcun varlığına ya da miktarına ilişkin itirazlar, yalnızca talepte bulunan Devletin yetkili mahkemesine yapılabilecektir.

Bu madde hükümleri, Akit Devletlerden her birine, kendi vergilerini tahsil etmede kullanılanlardan farklı olan ya da egemenliğine, güvenliğine, kamu politikasına veya ulusal çıkarlarına ters düşen idari yöntemler uygulama zorunluluğu yüklemeyecektir.

## **Madde 27**

### **DİPLOMAT HÜVİYETİNDEKİ MEMURLAR VE KONSOLOSLUK MEMURLARI**

Bu Anlaşma hükümleri, diplomat hüviyetindeki memurlar veya konsolosluk memurlarının uluslararası hukukun genel kuralları veya özel anlaşma hükümleri uyarınca yararlandıkları mali ayrıcalıkları etkilemeyecektir.

## **Madde 28**

### **YÜRÜRLÜĞE GİRME**

(1) Bu Anlaşma onaylanacak ve onay belgeleri en kısa sürede teati edilecektir.

(2) Bu Anlaşma, onay belgelerinin teatisini takip eden üçüncü ayın ilk günü yürürlüğe girecek ve onay belgelerinin teati edildiği takvim yılının Aralık ayının 31 inci gününden sonra başlayan herhangi bir vergilendirme dönemine ilişkin vergiler bakımından uygulanacaktır.

(3) 3 Kasım 1970 tarihinde Viyana'da imzalanan, Türkiye Cumhuriyeti ile Avusturya Cumhuriyeti Arasında Gelir ve Servet Üzerinden Alınan Vergilerde Çifte Vergilendirmenin Önlenmesine ve Diğer Bazı Hususların Düzenlenmesine İlişkin Anlaşma, bu Anlaşmanın, bu maddenin 2 inci fıkrasına uygun olarak yürürlüğe girdiği tarihten itibaren hüküm ifade etmeyecektir.

## **Madde 29**

### **YÜRÜRLÜKTEN KALKMA**

Bu Anlaşma, bir Akit Devlet tarafından feshedilinceye kadar yürürlükte kalacaktır. Akit Devletlerden her biri, Anlaşmanın yürürlüğe girdiği tarihten itibaren beşinci yıldan sonraki takvim yılının 30 Haziran'ında ya da daha önce diplomatik yollardan yazılı fesih ihbarnamesi vermek suretiyle Anlaşmayı feshedebilir. Bu durumda Anlaşma, fesih ihbarnamesinin verildiği takvim yılının 31 Aralık'ından sonra başlayan herhangi bir vergilendirme dönemine ilişkin vergiler bakımından uygulanmayacaktır.

**BU HUSUSLARI TEYİDEN**, aşağıda imzaları bulunan iki Akit Devletin tam yetkili temsilcileri, bu Anlaşmayı imzaladılar.

Türk, Alman ve İngiliz dillerinde ikişer nüsha halinde, her üç metin de aynı derecede geçerli olmak üzere, 28 Mart 2008 tarihinde, Viyana'da düzenlenmiştir. Yorumda farklılık olması halinde İngilizce metin geçerli olacaktır.

**TÜRKİYE CUMHURİYETİ**  
**ADINA**

**AVUSTURYA CUMHURİYETİ**  
**ADINA**

Kemal Unakitan m.p.

Wilhelm Molterer m.p.

## PROTOKOL

Türkiye Cumhuriyeti ile Avusturya Cumhuriyeti arasında Gelir Üzerinden Alınan Vergilerde Çifte Vergilendirmeyi Önleme Anlaşmasının imzalanması sırasında, imzalayan taraflar, aşağıdaki hükümlerin Anlaşmanın ayrılmaz bir parçasını oluşturduğu hususunda anlaşmaya varmışlardır.

### **1. 10 uncu Maddenin 2 nci fıkrasının b) bendinin (i) altbendine Ek**

10 uncu maddenin 2 nci fıkrasının b) (i) bendine ilişkin olarak, Avusturya yetkili makamı, Avusturya iç mevzuatı uyarınca temettülerin muafiyetine ilişkin koşulların oluşup oluşmadığı hususunu teyid edecektir.

### **2. 12 ve 13 üncü Maddeye Ek**

Anlaşmanın 12 ve 13 üncü maddelerine ilişkin olarak, bir varlığın satışı karşılığında alınan ödemelerde, bu ödemelerin söz konusu varlıkla ilgili olarak gerçek bir elden çıkarma karşılığında yapılmadığı ispat edilemez ise 13 üncü madde hükümlerinin uygulanacağı anlaşılmaktadır. Bu husus ispat edilirse 12 nci madde hükümleri uygulanacaktır.

### **3. 21 inci Maddeye Ek**

Bir Akit Devlet mukiminin, kanuni bir hak kapsamında diğer Akit Devletten elde ettiği gelir, söz konusu gelirin diğer Akit Devlet kanunları uyarınca vergiden muaf tutulan bir gelir olması halinde, ilk bahsedilen Devlette vergilendirilmeyebilir.

### **4. 22 nci Maddenin 1 inci fıkrasının e) bendine Ek**

Eğer, 22 nci maddenin 1 inci fıkrasının e) bendi hükümlerinin uygulamasına olanak veren bir işlem, esas olarak vergiden kaçınmak amacıyla seçilmiş ise, söz konusu hükümlerin uygulanmayacağı anlaşılmaktadır.

### **5. 24 üncü Maddenin 2 nci fıkrasına Ek**

24 üncü maddenin 2 nci fıkrasına ilişkin olarak, Türkiye yönünden mükellefin, karşılıklı anlaşma sonucunun vergi idaresi tarafından kendisine bildirilmesinden sonraki bir yıllık süre içerisinde söz konusu karşılıklı anlaşma sonucuna ilişkin iadeyi istemek zorunda olduğu anlaşılmaktadır.

**BU HUSUSLARI TEYİDEN**, ařađıda imzaları bulunan iki Akit Devletin tam yetkili temsilcileri, bu Protokolü imzaladılar.

Türk, Alman ve İngiliz dillerinde ikiřer nüsha halinde, her üç metin de aynı derecede geçerli olmak üzere, 28 Mart 2008 tarihinde, Viyana'da düzenlenmiştir. Yorumda farklılık olması halinde İngilizce metin geçerli olacaktır.

**TÜRKİYE CUMHURİYETİ**  
**ADINA**

**AVUSTURYA CUMHURİYETİ**  
**ADINA**

Kemal Unakitan m.p.

Wilhelm Molterer m.p.

# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1973      Ausgegeben am 6. Dezember 1973      141. Stück

**595.** Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Türkischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung bestimmter anderer Fragen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

~~**596.** Übereinkommen (Nr. 88) über die Organisation der Arbeitsmarktwirtschaft~~

~~**597.** Europäisches Übereinkommen über den Schutz von Tieren beim internationalen Transport~~

~~**598.** Protokoll über den Beitritt der Volksrepublik Bangladesch zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen~~

### 595.

Nachdem das am 3. November 1970 in Wien unterzeichnete Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Türkischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung bestimmter anderer Fragen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, welches also lautet:

**ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER TÜRKISCHEN REPUBLIK ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG UND ZUR REGELUNG BESTIMMTER ANDERER FRAGEN AUF DEM GEBIETE DER STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN**

Die Republik Österreich  
und  
die Türkische Republik

sind, von dem Wunsche geleitet, auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen die Doppelbesteuerung zu vermeiden und bestimmte andere Fragen zu regeln, übereingekommen wie folgt:

#### Artikel 1

**Persönlicher Geltungsbereich**

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

#### Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Ein-

**AVUSTURYA CUMHURİYETİ İLE TÜRKİYE CUMHURİYETİ ARASINDA GELİR VE SERVET VERGİLERİNDE ÇİFTE VERGİLENDİRMEİNİN ÖNLENMESİNE VE DİĞER BAZI HUSUSLARIN DÜZENLENMESİNE İLİŞKİN ANLAŞMA**

Avusturya Cumhuriyeti  
ve  
Türkiye Cumhuriyeti

Gelir ve servet vergilerinde çifte vergilendirmeyi önlemek ve diğer bazı hususları düzenlemek amacıyla aşağıdaki şekilde mutabık kalmışlardır:

#### Madde 1

Anlaşma'nın kapsamına giren kişiler  
Bu Anlaşma, âkit Devletler'den birinin veya her ikisinin mukimi olan kişilere uygulanır.

#### Madde 2

Anlaşma'nın kapsamına giren vergiler  
(1) Bu Anlaşma, tahsil şekli ne olursa olsun âkit Devletlerden herbiri veya bunların siyas,

kommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines der beiden Vertragstaaten oder seiner Gesellschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den zurzeit bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

- a) in der Türkischen Republik:
  - (i) die Einkommensteuer (Gelir vergisi);
  - (ii) die Körperschaftsteuer (Kurumlar vergisi);
- b) in der Republik Österreich:
  - (i) die Einkommensteuer;
  - (ii) die Körperschaftsteuer;
  - (iii) der Beitrag vom Einkommen zur Förderung des Wohnbaues und für Zwecke des Familienlastenausgleiches;
  - (iv) der Katastrophenfondsbeitrag vom Einkommen;
  - (v) die Sonderabgabe vom Einkommen;
  - (vi) die Aufsichtsratsabgabe;
  - (vii) die Vermögensteuer;
  - (viii) der Katastrophenfondsbeitrag vom Vermögen;
  - (ix) die Sonderabgabe vom Vermögen;
  - (x) die Abgabe von Vermögen, die der Erbschaftssteuer entzogen sind;
  - (xi) die Gewerbesteuer einschließlich der Lohnsummensteuer;
  - (xii) die Grundsteuer;
  - (xiii) die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben;

böhlümleri hesabına, tahsil olunan gelir ve servet vergilerine tatbik olunur.

(2) Menkul ve gayrimenkul malların mülkiyetinin devrinden doğan değer-artış kazançları vergileriyle, sermaye yeniden değerlendirme kazançları vergileri dahil olmak üzere toplam gelir üzerinden toplam servet üzerinden veya servetin unsurları üzerinden alınan vergiler gelir ve servet vergileri sayılır.

(3) Anlaşma'nın uygulanacağı halihazır vergiler şunlardır:

- a) Türkiye Cumhuriyeti için:
  - (i) Gelir vergisi;
  - (ii) Kurumlar vergisi;
- b) Avusturya Cumhuriyeti için:
  - (i) Gelir vergisi (Einkommensteuer);
  - (ii) Kurumlar vergisi (die Körperschaftsteuer);
  - (iii) Mesken inşaatına teşviki ve aile yüklerinin eşitlenmesi için gelirden alınan vergi (der Beitrag vom Einkommen zur Förderung des Wohnbaues und für Zwecke des Familienlastenausgleiches);
  - (iv) Felâket fonları için gelirden alınan vergi (der Katastrophenfondsbeitrag vom Einkommen);
  - (v) Özel gelir vergisi (die Sonderabgabe vom Einkommen);
  - (vi) Yönetici istihkakları vergisi (die Aufsichtsratsabgabe);
  - (vii) Servet vergisi (die Vermögensteuer);
  - (viii) Felâket Fonları için servetlerden alınan vergi (der Katastrophenfondsbeitrag vom Vermögen);
  - (ix) Özel servet vergisi (die Sonderabgabe vom Vermögen);
  - (x) Intikal vergisi dışında kalan servet unsurları üzerinden alınan vergi (die Abgabe von Vermögen, die der Erbschaftssteuer entzogen sind);
  - (xi) İşletme vergisi ile bu verginin ücretlerden alınankismi (die Gewerbesteuer einschließlich der Lohnsummensteuer);
  - (xii) Arazi vergisi (die Grundsteuer);
  - (xiii) Tarım ve orman işletmeleri vergisi (die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben);

(xiv) die Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen;

(xv) die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken.

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder ähnlicher Art, die künftig neben den zurzeit bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die Änderungen mit, die bei den unter das Abkommen fallenden Steuern eingetreten sind.

### Artikel 3

#### Allgemeine Definitionen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert:

- a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“, je nach dem Zusammenhang, die Türkische Republik oder die Republik Österreich;
- b) bedeutet der Ausdruck „Steuer“ die in Artikel 2 dieses Abkommens genannten Steuern;
- c) umfaßt der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
- d) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
- e) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehörige“:
  - (i) in der Türkischen Republik natürliche Personen, die gemäß dem „Gesetz über die türkische Staatsangehörigkeit“ die türkische Staatsangehörigkeit besitzen und alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Türkischen Republik geltenden Recht errichtet worden sind;
  - (ii) in der Republik Österreich alle natürlichen Personen, die die Staatsangehörigkeit der Republik Österreich besitzen, und alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Republik Österreich geltenden Recht errichtet worden sind;
- f) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaates“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaates“, je nachdem,

(xiv) Aile yardımlarına mahsus tevizin fonu için tarım ve orman işletmelerinden alınan vergi (die Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen);

(xv) Arsa kıymet vergisi (die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken).

(4) Anlaşma, halihazır vergilere ilâve edilecek veya onların yerini alacak aynı veya benzeri mahiyetteki ileride konulacak vergilere de uygulanır. Âkit Devletler'in yetkili makamları, bu Anlaşma'nın kapsamına giren vergi mevzuatlarında yapılacak değişiklikleri, yekdiğerlerine bildireceklerdir.

### Madde 3

#### Genel tanımlar

(1) Metin farklı bir yorumu gerektirmedikçe bu Anlaşma bakımından:

- a) “Bir âkit Devlet” ve “diğer âkit Devlet” deyimleri metindeki kullanıldığı yere göre; Türkiye Cumhuriyeti veya Avusturya Cumhuriyetini belirtir.
- b) “Vergi” terimi, Anlaşma'nın 2 nci maddesinde yer alan vergiler belirtir.
- c) “Kişi” terimi, gerçek kişileri, şirketleri ve diğer bütün kişi topluluklarını kapsar.
- d) “Şirket” terimi, bütün tüzel kişileri veya vergileme yönünden tüzel kişi sayılan bütün kuruluşları belirtir.
- e) “Uyruk” terimi;
  - (i) Türkiye Cumhuriyeti ile ilgili olarak: “Türk Vatandaşlığı Kanunu” na göre, Türk vatandaşlığını haiz bütün gerçek kişileri ve Türkiye Cumhuriyeti'nde yürürlükte bulunan mevzuata uygun olarak kurulmuş bütün tüzel kişileri, şahıs şirketlerini ve birlikleri;
  - (ii) Avusturya Cumhuriyeti ile ilgili olarak: Avusturya vatandaşlığını haiz bütün gerçek kişileri ve Avusturya Cumhuriyetinde yürürlükte bulunan mevzuata uygun olarak kurulmuş bütün tüzel kişileri, şahıs şirketlerini ve birlikleri belirtir.
- f) “Bir âkit Devlet teşebbüsü” ve “diğer âkit Devlet teşebbüsü” deyimleri, sırasıyla, bir âkit Devlet mukimi tarafından işletilen bir

ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;

g) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“:

- (i) in der Türkischen Republik den Minister der Finanzen oder seine gehörig bevollmächtigten Vertreter,
- (ii) in der Republik Österreich das Bundesministerium für Finanzen.

(2) Bei Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder nicht anders definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, welche Gegenstand des Abkommens sind.

#### Artikel 4

##### Steuerlicher Wohnsitz

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, ihres Sitzes, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

- a) Die Person gilt als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt. Verfügt sie in beiden Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen).
- b) Kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragsstaat die Person der Mittelpunkt der Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat.
- c) Hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Vertragsstaaten oder in keinem der Vertragsstaaten, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt.
- d) Besitzt die Person die Staatsangehörigkeit beider Vertragsstaaten oder keines Vertragsstaates, so werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten versuchen, die Frage gemäß Artikel 26 zu regeln.

teşebbüsü ve diğer âkit Devlet mukimi tarafından işletilen bir teşebbüsü belirtir.

g) “Yetkili makam” terimi;

- (i) Türkiye Cumhuriyetinde, Maliye Bakanı veya yetkili temsilcilerini;
- (ii) Avusturya Cumhuriyetinde, Federal Maliye Bakanlığını belirtir.

(2) Anlaşma'nın bir âkit Devlet tarafından uygulanmasında, başka şekilde tanımlanmamış olan bütün deyimler, metin farklı bir yorumu gerektirmedikçe, o Devletin bu Anlaşma'nın konusunu teşkil eden vergilerle ilgili kanunlarında belirtilen anlamı taşırlar.

#### Madde 4

##### Mâli ikametgâh

(1) Bu Anlaşma bakımından “Bir âkit Devlet mukimi” deyimini, anılan Devletin mevzuatı gereğince, ikametgâhı, meskeni, kanuni merkezi, iş merkezi veya diğer benzer mahiyette herhangi bir kıstasa istinaden vergiye tabi tutulan bütün kişileri belirtir.

(2) Bir gerçek kişi, 1 nci fıkra hükmüne göre âkit Devletler'den herbirinin mukimi sayıldığı takdirde, durum, aşağıdaki esaslara göre çözümlenir:

- a) Bu kişi, daimî bir meskene sahip bulunduğu âkit Devlet'in mukimi sayılır. Her iki âkit Devlet'te daimî meskeni mevcutsa, kişisel ve ekonomik ilişkilerinin en yakından bağlı bulunduğu (hayatî menfaatlerinin merkezi) âkit Devlet'in mukimi sayılır.
- b) Bu kişinin hayatî menfaatlerinin merkezinin bulunduğu âkit Devlet tayin edilemiyorsa veya âkit Devletler'den hiç birinde daimî mesken sahibi değilse, mutaden oturduğu âkit Devlet'in mukimi sayılır.
- c) Bu kişi âkit Devletler'den herbirinde mutaden oturur veya hiçbirinde mutaden oturmaz ise, uyruğu olduğu âkit Devlet'in mukimi sayılır.
- d) Bu kişi âkit Devletler'den herbirinin uyruğunu haiz ise veya hiç birinin uyruğu değilse, âkit Devletler'in yetkili makamları, 26 ncı maddedeki usuller dairesinde meseleyi hallederler.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten versuchen, die Frage gemäß Artikel 26 zu regeln.

### Artikel 5

#### Betriebstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebstätte“ umfaßt insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte,
- f) ein Bergwerk, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen,
- g) eine Bauausführung oder Montage, deren Dauer sechs Monate überschreitet.

(3) Als Betriebstätten gelten nicht:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen zu werben, Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.

(4) Schließt ein Unternehmen eines Vertragsstaates in dem anderen Vertragsstaat durch Vermittlung einer Person — mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 5 — nicht nur gelegentlich Verträge ab und ist diese Person bevollmächtigt, im Namen des Unter-

(3) Gerçek kişiler dışında kalan bir kişinin, 1 nci fıkraya hükmüne göre âkit Devletler'den herbirinin mukimi sayılması halinde, âkit Devletler'in yetkili makamları, 26 ncı maddedeki usuller dairesinde meseleyi hallederler.

### Madde 5

#### İşyeri

(1) Bu Anlaşma bakımından “İşyeri” deyimini, teşebbüsün faaliyetini kısmen veya tamamen yürüttüğü bir sabit iş tesisini ifade eder.

(2) “İşyeri” deyimini, şunları kapsar:

- a) İdare Merkezi;
- b) Şube;
- c) Büro;
- d) Fabrika;
- e) Atölye;
- f) Maden ocağı, taş ocağı veya bütün diğer tabii kaynaklar istihraç yeri;
- g) Süresi altı ayı aşan inşaat veya montaj şantiyesi.

(3) Aşağıdaki hallerde işyeri var sayılmaz:

- a) Tesisler, teşebbüse ait emtianın sadece stoklanması, teşhiri veya teslimi amacıyla kullanılırsa;
- b) Teşebbüse ait emtia sadece stoklama, teşhir veya teslim amacıyla depolanırsa;
- c) Teşebbüse ait emtia, bir başka teşebbüs tarafından sadece işlenmek üzere depolanırsa;
- d) Bir sabit iş tesisi, teşebbüs için sadece emtia satın alınması veya bilgi toplanması amacıyla kullanılırsa;
- e) Bir sabit iş tesisi, teşebbüs için sadece reklâm, bilgi sağlanması, bilimsel araştırmalar veya hazırlayıcı veya yardımcı mahiyette benzer faaliyetler için kullanılırsa.

(4) Bir âkit Devlet teşebbüsü, diğer âkit Devlette-5 nci fıkrada belirtilen bağımsız bir statüden yararlanan acenta dışında-kendi adına mukavele akdine yetkili bir kişi aracılığıyla ve arızı olmayan bir şekilde mukaveleler akdediyorsa, bu mukaveleler emtia alımıyla sınırlı bulun-

nehmens solche Verträge abzuschließen, so wird dieses Unternehmen so behandelt, als habe es in diesem anderen Staat eine Betriebsstätte, es sei denn, daß sich diese Verträge auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränken.

(5) Ein Unternehmen eines Vertragsstaates wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in dem anderen Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(6) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder in anderer Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird eine der beiden Gesellschaften nicht zur Betriebsstätte der anderen.

#### Artikel 6

##### Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen dürfen in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ bestimmt sich nach dem Recht des Vertragsstaates, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, Fischfangplätze aller Art, die Rechte, auf die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke Anwendung finden, die Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie die Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für die Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögen.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung eines freien Berufes dient.

#### Artikel 7

##### Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaates dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß das Unternehmen seine

namak şartıyla, bu diğer âkit Devlet'te bir işyerine sahip sayılır.

(5) Bir âkit Devlet teşebbüsü kendi mutad faaliyetleri çerçevesinde kalmaları şartıyla, bir simsar, bir genel komisyoncu veya müstakil statüyü haiz bir başka aracı vasıtasıyla diğer âkit Devlet'te faaliyet göstermekle, bu diğer Devlet'te bir işyerine sahip sayılmaz.

(6) Bir âkit Devlet mukimi bir şirketin, diğer âkit Devlet mukimi veya o Devlet'te faaliyette bulunan (bir işyeri aracılığıyla olsun, olmasın) bir şirketi kontrol etmesi veya onun tarafından kontrol edilmesi hali, kendi başına, bu şirketlerden herhangi birinin yekdiğerinin bir işyeri addedilmesine yeterli değildir.

#### Madde 6

##### Gayrimenkul gelirleri

(1) Gayrimenkul mallardan doğan gelirler, bu malların bulunduğu âkit Devlet'te vergilendirilir.

(2) „Gayrimenkul mallar“ terimi, bu malların bulunduğu âkit Devlet'in mevzuatına göre tanımlanır. Bu terim, her halükârda, teferruatı, ziraat ve orman işletmelerinin tesisatı ve teşhizatı ile havacılığını, hertürlü deniz avlanma mahallini, gayrimenkul mülkiyetine ilişkin özel hukuk hükümlerinin uygulandığı hakları, gayrimenkul intifa hakları ile maden ocaklarının, kaynakların ve diğer yeraltı servetlerinin işletme ve imtiyazlarından doğan sabit veya değişken bedeller üzerindeki hakları kapsar; gemiler, vapurlar ve hava taşıtları gayrimenkul mal sayılmazlar.

(3) 1 nci fıkra hükmü, gayrimenkul malların işletilmesi, âdî kira veya hasılât kirası suretiyle kiralınması ve diğer bütün şekillerde kullanılmasından doğan gelirlere uygulanır.

(4) 1 ve 3 üncü fıkra hükümleri, bir teşebbüsün gayrimenkullerinden ve keza bir serbest mesleğin icrasında kullanılan gayrimenkullerden sağlanan gelirlere de uygulanır.

#### Madde 7

##### Teşebbüs kazançları

(1) Bir âkit Devlet teşebbüsünün kazançları, teşebbüs diğer âkit Devlet'teki faaliyetini o Devlet'te bulunan bir işyeri vasıtasıyla yürüt-

Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit in dieser Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaates seine Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so sind in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zuzurechnen, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(5) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

#### Artikel 8

##### Schifffahrt und Luftfahrt

Gewinne aus dem Betrieb von Schiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Sitz des Unternehmens befindet.

#### Artikel 9

##### Verbundene Unternehmen

Wenn

- ein Unternehmen eines Vertragsstaates unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder am Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaates beteiligt ist, oder
- dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder am Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaates und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaates beteiligt sind,

und in diesen Fällen zwischen den beiden Unternehmen hinsichtlich ihrer kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen Bedingungen vereinbart oder auferlegt werden, die von denen ab-

medikçe, ancak bu Devlet'te vergilendirilir. Eğer teşebbüs faaliyetini diğer âkit Devlet'te bulunan bir işyeri vasıtasıyla yürütüyorsa, kazançların, yalnızca işyerine izafe edilen kısmı, diğer âkit Devlet'te vergilendirilir.

(2) Bir âkit Devlet teşebbüsü diğer âkit Devlet'teki faaliyetini o Devlet'te bulunan bir işyeri vasıtasıyla yürütüyorsa, bu işyerinin aynı veya benzeri şartlarda, aynı veya benzeri faaliyet gösteren ve kendisinin işyerini teşkil ettiği teşebbüsle tamamen müstakil muamelelerde bulunan ayrı ve bağımsız bir teşebbüs olsa idi ne kazanç elde edecek idiyse, bu işyerine âkit Devletler'den herbirinde o kazançlar izafe edilir.

(3) Bir işyerinin kazançlarının tesbitinde, işyerinin bulunduğu Devlet'te veya onun haricinde, bu işyeri tarafından güdülen amaçlar için yapılmış olan giderlerin indirilmesi kabul edilir.

(4) Bir işyerinin kendi teşebbüsü için sadece emtia satın almış olması dolayısıyla, bu işyerine herhangi bir kazanç izafe edilmez.

(5) Kazançlar, bu Anlaşma'nın diğer maddelerinde ayrıca hükme bağlanan gelir unsurlarını ihtiva ettiği takdirde, o maddeler hükümleri, işbu madde hükümlerinden etkilenmez.

#### Madde 8

##### Deniz ve hava nakliyatı

Uluslararası seyrüseferde, deniz ve hava taşıtlarının işletilmesinden sağlanan kazançlar, ancak teşebbüsün kanunî merkezinin bulunduğu âkit Devlet'te vergilendirilir.

#### Madde 9

##### Ortak teşebbüsler

- Bir âkit Devlet teşebbüsü diğer âkit Devlet teşebbüsünün yönetimine, kontrolüne veya sermayesine doğrudan veya dolaylı şekilde katıldığı, veya
- Aynı kişiler hem bir âkit Devlet teşebbüsü hem de diğer âkit Devlet teşebbüsünün yönetimine, kontrolüne veya sermayesine doğrudan veya dolaylı şekilde katıldıkları,

ve her iki halde de, her iki teşebbüs, ticarî ve mali ilişkilerinde bağımsız teşebbüsler arasında kararlaştırılacak şekilde farklı olarak kabul edilen veya ettirilen şartlarla birbirlerine bağlı bulun-

weichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

#### Artikel 10

##### Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden dürfen jedoch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber nicht übersteigen:

- a) 25 vom Hundert des Bruttobetrag der Dividenden, wenn der Empfänger eine Gesellschaft (ausgenommen eine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 35 vom Hundert des Bruttobetrag der Dividenden in allen anderen Fällen.

(3) Dividenden, die von einer in einem der beiden Vertragsstaaten ansässigen Gesellschaft an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Gesellschaft gezahlt werden, sind in diesem anderen Staat von der Besteuerung ausgenommen, aber nur insofern die Dividenden von der Besteuerung ausgenommen wären, wenn beide Gesellschaften in diesem anderen Vertragsstaat ansässig wären.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genußaktien oder Genußscheinen, Gründungsanteilen oder anderen Rechten — ausgenommen Forderungen — mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen zählende Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien zugeordnet sind.

(5) Hat der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Dividenden in dem anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Betriebsstätte und gehört die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte, ist Artikel 7 anzuwenden.

(6) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaates, das in dem anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte tätig ist, werden, nachdem sie gemäß Artikel 7 besteuert worden sind, mit dem verbleibenden Betrag nach dem innerstaatlichen Recht dieses anderen Staates, in dem sich die Betriebsstätte befindet, besteuert.

dukleri takdirde, bu teşebbüslerden birinin bu şartlar olmasa idi elde etmiş olacağı fakat bu şartlar sebebiyle elde edemediği kazançlar, bu teşebbüsün kazancına ithal edilir ve ona göre vergilendirilir.

#### Madde 10

##### Temettüleri

(1) Bir âkit Devlet mükimi bir şirket tarafından diğer âkit Devlet mükimi bir kişiye ödenen temettüleri, bu diğer Devlet'te vergilendirilir.

(2) Bununla beraber, bu temettüleri, temettüleri ödeyen şirketin mükimi bulunduğu âkit Devlet'te, bu Devlet'in mevzuatına göre vergilendirilebilir; fakat bu suretle alınan vergi:

- a) Eğer temettülerin lehdarı temettüleri ödeyen şirketin sermayesinin en az yüzde 25'ini elinde bulunduran bir şirket ise (şahıs şirketleri hariç), temettülerin gayri safi tutarının yüzde 25'ini,
- b) Diğer bütün hallerde temettülerin gayri safi tutarının yüzde 35'ini aşamaz.

(3) Âkit Devletlerden birinin mükimi bir şirket tarafından diğer âkit Devlet mükimi bir şirkete dağıtılan temettüleri, her iki şirket bu diğer âkit Devlet'in mükimi olsalardı, bu temettüleri vergiden nasıl istisna edilecek idiyse, bu diğer Devlet'te, o şekilde vergiden istisna edilirler.

(4) Bu maddede kullanılan “temettüleri” terimi, hisse senetlerinden, intifa hisse senetlerinden, veya intifa senetlerinden, kurucu hisselerinden veya alacaklar hariç diğer kazanç paylarından sağlanan gelirleri ve keza, temettü tevzi eden şirketin mükimi bulunduğu Devlet'in vergi mevzuatına göre hisse senetleri geliri sayılan diğer şirket hisselerinden doğan gelirleri de kapsar.

(5) Bir âkit Devlet temettü lehdarı, temettüleri ödeyen şirketin mükimi bulunduğu diğer âkit Devlet'te temettüleri sağlayan iştirakin fiilen bağlı bulunduğu bir işyerine sahipse, 7 nci madde hükümleri uygulanır.

(6) Bir âkit Devletteki faaliyetini orada bulunan bir işyeri aracılığı ile icra eden diğer âkit Devletin bir teşebbüsünün kazançları, 7 nci maddeye göre vergilendirildikten sonra, kalan kısmı üzerinden, işyerinin bulunduğu ilk Devletin iç mevzuatına göre vergilendirilir.

**Artikel 11****Zinsen**

(1) Zinsen, die aus einem Vertragstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen dürfen jedoch in dem Vertragstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 15 vom Hundert des Betrages der Zinsen nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus öffentlichen Anleihen, aus Obligationen, auch wenn sie durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet sind, und aus Forderungen jeder Art sowie alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, aus dem sie stammen, den Einkünften aus Darlehen gleichgestellt sind.

(4) Hat der in einem Vertragstaat ansässige Empfänger der Zinsen in dem anderen Vertragstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Betriebsstätte und gehört die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte, ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragstaat eine Betriebsstätte und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragstaat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(6) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall darf der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragstaates und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

**Artikel 12****Lizenzgebühren**

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragstaat stammen und an eine in dem anderen

**Madde 11****Faizler**

(1) Bir âkit Devlet'te doğan ve diğer âkit Devlet'in bir mukimine ödenen faizler, bu diğer Devlet'te vergilendirilir.

(2) Bununla beraber, bu faizler hasil oldukları âkit Devlette ve bu Devlet'in mevzuatına göre vergilendirilebilir; fakat bu suretle alınan vergi, faiz miktarının yüzde 15'ini aşamaz.

(3) Bu maddede kullanılan "faiz" terimi, kamu borçlanmasından ipotek garantisine bağlı olsun olmasın veya kazanca iştirak şartını taşıyan taşımaların istikraz tahvillerinden ve her nevi alacaklardan doğan gelirler ile bu gelirlerin hasil olduğu Devlet'in vergi mevzuatına göre ikrazat geliri sayılan bütün diğer gelirleri kapsar.

(4) Bir âkit Devlet'te mukim faizlendari, faizlerin doğduğu diğer âkit Devlet'te, faizleri doğuran alacağın fiilen bağlı bulunduğu bir işyerine sahipse, 7 nci madde hükümleri uygulanır.

(5) Borçlu bizzat bir âkit Devlet, veya bu devletin bir siyasi bölümü veya bir mahallî idaresi veya bir mukimi olduğu takdirde, faizler bu Devlet'te doğmuş sayılır; bununla beraber, bir âkit Devletin mukimi olsun veya olmasın, faiz borçlusu bir âkit Devlet'te faizleri doğuran istikrazın kendisi için akdedildiği ve bu faizleri ödemekle yükümlü bir işyerine sahipse, anılan faizler, işyerinin bulunduğu âkit Devlet'te doğmuş sayılır.

(6) Borçlu ve alacaklı arasında veya her ikisi ile üçüncü şahıslar arasında mevcut özel ilişkiler dolayısıyla, ödenen faiz miktarı, faizlerin ait olduğu alacak nazara alınarak, bu nevi ilişkilerin mevcut bulunmaması halinde borçlu ile alacaklı arasında kararlaştırılacak olan faiz miktarını aştığı takdirde bu madde hükümleri ancak bu son miktara uygulanır. Bu takdirde ödemelerin fazla kısmı, âkit Devletler'den her birinin mevzuatına göre ve bu Anlaşma'nın diğer hükümleri gözönünde bulundurularak vergilendirilir.

**Madde 12****Gayri maddî hak bedelleri**

(1) Bir âkit Devlet'te doğan ve diğer âkit Devlet'in bir mukimine ödenen gayri maddî

Vertragstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren dürfen jedoch in dem Vertragstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 10 vom Hundert des Betrages der Lizenzgebühren nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken einschließlich kinematographischer Filme sowie Fernsehfilme und -tonbänder, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Hat der in einem Vertragstaat ansässige Empfänger der Lizenzgebühren in dem anderen Vertragstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Betriebsstätte und gehören die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte, ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragstaat eine Betriebsstätte und ist der Vertrag, auf Grund dessen die Lizenzgebühren zu zahlen sind, für Zwecke der Betriebsstätte geschlossen und trägt die Betriebsstätte selbst die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragstaat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(6) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Lizenzgebühren, gemessen an der zugrunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall darf der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragstaates und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

### Artikel 13

#### Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 Ab-

hak bedelleri, ancak, bu diğer Devlet'te vergilendirilir.

(2) Bununla beraber, gayri maddî hak bedelleri, bunların doğduğu âkit Devlet'te ve bu Devlet mevzuatına göre vergilendirilebilir; ancak, alınan vergi, gayri maddî hak bedellerinin gayrisafi miktarının % 10'unu aşamaz.

(3) Bu madde de kullanılan "gayri maddî hak bedeli" deyimi, sinema filmleri ile televizyon film ve bandları dahil olmak üzere edebî, artistik veya ilmi bir eser üzerindeki telif hakkının; bir ihtira beratının, sınaî veya ticarî bir alâmeti farikanın; bir resim veya bir modelin, bir plânın, gizli bir formül veya bir imalât usulünün kullanılması veya kullanma imtiyazı ile bir sınaî, ticarî veya ilmi teşhizatın kullanılması veya kullanma imtiyazı ve sınaî, ticarî veya ilmi alanlarda elde edilmiş bir tecrübeye ait bilgiler için ödenen her nevi bedelleri kapsar.

(4) Bir âkit Devlet mukimi gayri maddî hak bedeli lehdarı, gayri maddî hak bedellerinin hasil olduğu diğer âkit Devlet'te gayri maddî hak bedellerini doğuran hak veya malın fiilen bağlı bulunduğu bir işyerine sahip ise, 7 nci madde hükümleri uygulanır.

(5) Borçlu bizzat bir âkit Devlet veya bu devletin bir siyasî bölümü veya bir mahallî idaresi veya bir mukimi olduğu takdirde, gayri maddî hak bedelleri bu Devlet'te doğmuş sayılır.

Bununla beraber, bir âkit Devlet mukimi olsun veya olmasın gayri maddî hak bedeli borçlusu, bir âkit Devlet'te, gayri maddî hak bedelinin ödenmesine âmil olan mukavelenin kendisi için akdedildiği ve bu gayri maddî hak bedelini ödemekle yükümlü bir işyerine sahip ise, anılan gayri maddî hak bedelleri, işyerinin bulunduğu âkit Devlet'te doğmuş sayılır.

(6) Borçlu ve alacaklı arasında veya her ikisi ile üçüncü kişiler arasında mevcut özel ilişkiler dolayısıyla, ödenen gayri maddî hak bedeli, bu bedelin ait olduğu hak veya bilgi nazara alınarak, bu nevi ilişkilerin mevcut bulunmaması halinde borçlu ile alacaklı arasında kararlaştırılacak olan gayri maddî hak bedelini aştığı takdirde, bu madde hükümleri ancak bu son miktara uygulanır. Bu takdirde, ödemelerin fazla kısmı, âkit Devletler'den her birinin mevzuatına göre ve bu Anlaşma'nın diğer hükümleri gözönünde bulundurulur vergilendirilir.

### Madde 13

#### Sermaye değer-artış kazançları

(1) 6 ncı Maddenin 2 nci fıkrasında tanımlanan gayrimenkul mallar mülkiyetinin devrinden doğan

satz 2 dürfen in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte darstellt, die ein Unternehmen eines Vertragsstaates in dem anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, über die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für die Ausübung eines freien Berufes in dem anderen Vertragsstaat verfügt, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder zusammen mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, dürfen in dem anderen Staat besteuert werden. Jedoch dürfen Gewinne aus der Veräußerung des in Artikel 22 Absatz 3 genannten beweglichen Vermögens nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses bewegliche Vermögen nach dem angeführten Artikel besteuert werden darf.

(3) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 und 2 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist. Diese Gewinne dürfen jedoch in dem anderen Staat besteuert werden, wenn der Zeitraum zwischen Anschaffung und Veräußerung sechs Monate nicht übersteigt und das veräußerte Vermögen in diesem anderen Staat gelegen ist. Aktien gelten im Sinn dieses Absatzes als in dem Staat gelegen, in dem sich der Sitz der Gesellschaft befindet.

#### Artikel 14

##### Selbständige Arbeit

(1) Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf bezieht, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat ausgeübt wird. Wird die Tätigkeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem in dem anderen Vertragsstaat ausgeübten freien Beruf bezieht, nur in dem erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- der Empfänger sich in dem anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Kalenderjahres aufhält, und
- die Vergütungen von einer Person oder für eine Person gezahlt werden, die nicht in dem anderen Staat ansässig ist, und
- die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die die Person, die die Vergütungen zahlt, in dem anderen Staat hat.

kazançlar, bu malların bulunduğu âkit Devlet'te vergilendirilir.

(2) Bir âkit Devlet teşebbüsünün diğer âkit Devlet'te sahibi bulunduğu bir işyerinin aktifindeki menkul mallar mülkiyetinin devrinden veya bir âkit Devlet mukimi bir kişinin diğer âkit Devlet'te bir serbest meslek icrası için kullandığı sabit bir çalışma yeri için gerekli menkul malların mülkiyetinin devrinden doğan kazançlar ile bu işyerinin (yalnız veya bütünüyle beraber) tamamıyla mülkiyetinin devrinden veya serbest meslek icrasına gerekli menkul malların mülkiyetinin devrinden doğan kazançlar, bu diğer Devlet'te vergilendirilir. Bununla beraber, 22 nci maddenin 3 ncü fıkrasında belirtilen menkul malların mülkiyetinin devrinden doğan kazançlar, yalnızca, söz konusu malların anılan madde gereğince vergiye tabi bulunduğu âkit Devlet'te vergilendirilir.

(3) 1 nci ve 2 nci fıkralarda anılanlar dışında kalan bütün malların mülkiyetinin devrinden doğan kazançlar, yalnızca devredeni mukimi bulunduğu âkit Devlet'te vergilendirilir.

Bununla beraber, bu kazançlar, devredilen malların bu diğer Devlet'te bulunması ve iktisap ve devir arasında geçen sürenin altı ayı aşmaması halinde bu diğer Devlet'te vergilendirilir. Bu bendin uygulanması bakımından, şirketin kanunî merkezinin bulunduğu Devlet, hisse senetlerinin bulunduğu yer olarak kabul edilir.

#### Madde 14

##### Serbest meslek faaliyetleri

(1) Bir âkit Devlet mukiminin, bir serbest meslek icrasından sağladığı kazançlar, faaliyet diğer âkit Devlet'te icra edilmedikçe, ancak bu âkit Devlet'te vergilendirilir. Faaliyetin diğer âkit Devlet'te icra olunması halinde, bu faaliyet dolayısıyla elde edilen kazançlar, diğer Devlet'te vergilendirilir.

(2) 1. nci fıkra hükümlerine bakılmaksızın, bir âkit Devlet mukiminin diğer âkit Devlet'te serbest meslek icrasından sağladığı kazançlar, aşağıdaki hallerde bu kişinin mukim bulunduğu ilk sözü edilen Devlet'te vergilendirilir:

- İstihkak sahibi, bir takvim yılı içinde toplam olarak 183 günü aşmayan bir süre veya süreler ile diğer âkit Devlet'te bulunursa; ve
- İstihkak, diğer Devlet mukimi olmayan bir kişi tarafından veya onun adına ödenirse; ve
- İstihkak, istihkakı ödeyen kişinin diğer âkit Devlet'te sahibi bulunduğu bir işyeri veya sabit bir çalışma yeri tarafından yüklenilmemişse.

(3) Ungeachtet des Absatzes 1 dieses Artikels dürfen Vergütungen, die von einer in einem Vertragstaat ansässigen Person an eine in dem anderen Vertragstaat ansässige Person für eine außerhalb des erstgenannten Staates ausgeübte freiberufliche Tätigkeit gezahlt werden, in diesem erstgenannten Staat mit einem Satz besteuert werden, der 10 vom Hundert des Bruttobetrages dieser Vergütungen nicht übersteigt.

(4) Die Bestimmungen der Absätze 1, 2 und 3 dieses Artikels sind auch auf Leistungen eines Unternehmens anzuwenden, die in Form freiberuflicher Tätigkeit erbracht werden.

(5) Ungeachtet des Artikels 7 und der Absätze 1, 2, 3 und 4 dieses Artikels dürfen Vergütungen, die von einer in einem Vertragstaat ansässigen Person an ein Unternehmen des anderen Vertragstaates für eine Tätigkeit gezahlt werden, die in dem erstgenannten Vertragstaat im Zusammenhang mit einer Bauausführung oder Montage, deren Dauer sechs Monate nicht überschreitet, ausgeübt wird, in dem erstgenannten Vertragstaat mit einem Satz besteuert werden, der 10 vom Hundert des Bruttobetrages dieser Vergütungen nicht übersteigt.

(6) Die in diesem Artikel vorgesehene Begrenzung des Satzes der in einem Vertragstaat erhobenen Steuer berührt nicht die Rechtsvorschriften dieses Staates über die Besteuerung der Nettokünfte aus der geleisteten Arbeit.

#### Artikel 15

##### Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18, 19 und 20 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Arbeit in dem anderen Vertragstaat ausgeübt wird. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragstaat ansässige Person für eine in dem anderen Vertragstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur in dem erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- der Empfänger sich in dem anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Kalenderjahres aufhält, und
- die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht in dem anderen Staat ansässig ist, und
- die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getra-

(3) 1 inci fıkra hükümlerine bakılmaksızın bir âkit Devlet mukimi tarafından diğer âkit Devlet mukimi bir kişiye, ilk âkit Devlet dışında icra edilen bir serbest meslek faaliyeti karşılığı ödenen istihkaklar, bu ilk âkit Devlet'te ve anılan istihkakların gayrisafı miktarının % 10 unu aşmayan bir nisbet üzerinden vergilendirilir.

(4) Bu maddenin 1, 2 ve 3 üncü fıkralarındaki hükümler, bir teşebbüs tarafından, bir serbest meslek faaliyeti şeklinde ifa edilen işlere ait istihkaklara da uygulanır.

(5) 7 nci madde ile işbu maddenin 1, 2, 3 ve 4 nci fıkraları hükümlerine bakılmaksızın, bir âkit Devlet mukimi tarafından, bu âkit Devlet'te süresi altı ayı aşmayan bir inşaat şantiyesi, veya bir montaj işi ile ilgili olarak ifa edilen bir faaliyet sebebiyle, diğer âkit Devletin bir teşebbüsüne ödenen istihkaklar, ilk âkit Devlet'te, bu istihkakların gayrisafı tutarının yüzde 10'unu geçmeyen bir nisbette vergilendirilir.

(6) Bu maddede öngörüldüğü şekilde bir âkit Devlet tarafından tahsil olunan verginin nisbetinin sınırlanarak, söz konusu faaliyetin safi gelir üzerinden vergilendirilmesine ilişkin olarak bu Devlet mevzuatında yer alan hükümleri etkilemez.

#### Madde 15

##### Hizmetler

(1) 16, 18, 19 ve 20. nci maddeler hükümleri saklı kalmak üzere, bir âkit Devlet mükiminin hizmet karşılığı sağladığı ücret, maaş ve benzeri bedeller, hizmet diğer âkit Devlet'te icra edilmedikçe, ancak bu Devlet'te vergilendirilir. Hizmetin diğer âkit Devlet'te icra edilmesi halinde, bu hizmet dolayısıyla alınan ücretler, bu diğer Devlet'te vergilendirilir.

(2) Aşağıda zikredilen durumlarda, bir âkit Devlet mükiminin diğer âkit Devlet'te hizmet erbabı olarak aldığı ücretler, 1 inci fıkra hükümlerine bakılmaksızın, ancak bu ilk sözü edilen Devlet'te vergilendirilir:

- İstihkak sahibi ilgili takvim yılı içinde toplam olarak 183 günü aşmayan bir süre veya süreler ile diğer âkit Devlet'te bulunursa; ve
- İstihkak diğer Devlet mukimi olmayan bir işveren tarafından veya onun adına ödenirse; ve
- İstihkak, bu ücreti ödeyen işverenin diğer âkit Devlet'te sahibi bulunduğu bir işyeri

gen werden, die der Arbeitgeber in dem anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 dürfen Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines von einem Unternehmen im internationalen Verkehr betriebenen Schiffes oder Luftfahrzeuges ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Sitz des Unternehmens befindet.

#### Artikel 16

##### Aufsichts- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrates einer Gesellschaft bezieht, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen in dem anderen Staat besteuert werden.

#### Artikel 17

##### Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 14 und 15 dürfen Einkünfte, die berufsmäßige Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- oder Fernsehkünstler und Musiker, sowie Sportler aus ihrer in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit beziehen, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sie diese Tätigkeit ausüben.

(2) Diese Einkünfte dürfen jedoch in dem im vorstehenden Absatz 1 genannten Staat nicht besteuert werden, wenn die Tätigkeit anlässlich eines Besuches in diesem Staat durch eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person erfolgt und dieser Besuch von diesem anderen Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder einer als gemeinnützig anerkannten Einrichtung oder Organisation dieses anderen Staates finanziert wird.

#### Artikel 18

##### Ruhegehälter

Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 1 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

#### Artikel 19

##### Öffentliche Funktionen

(1) Vergütungen, einschließlich der Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften unmittelbar oder aus einem errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Ge-

veya sabit bir çalışma yeri tarafından yüklenilmemişse.

(3) Bir teşebbüs tarafından uluslararası seyrüseferde işletilen bir deniz veya hava taşıtında icra edilen bir işe karşılık ödenen ücretler, 1 inci ve 2 inci fıkra hükümlerine bakılmaksızın, teşebbüsün kanunî merkezinin bulunduğu âkit Devlet'te vergilendirilir.

#### Madde 16

##### Yönetici istihkakları

Bir âkit Devlet mukiminin, diğer âkit Devlet'te mukim bir şirketin yönetim veya denetim kurulu üyesi sıfatıyla aldığı primler, ikramiyeler, huzur hakları ve diğer benzeri ödemeler, bu diğer Devlet'te vergilendirilir.

#### Madde 17

##### Artist ve sporcular

(1) Tiyatro, sinema, radyo veya televizyon artistleri gibi profesyonel sanatçılar ile müzisyenlerin ve sporcuların, bu sıfatla serbest meslek faaliyetlerinden elde ettikleri gelirler, 14 ve 15 inci madde hükümlerine bakılmaksızın, bu faaliyetlerin icra edildiği âkit Devlet'te vergilendirilir.

(2) Bununla beraber, eğer faaliyet, bu Devlet'te, diğer âkit Devlet, onun siyasi bölümlerinden biri veya bu diğer Devlet'te kamuya yararlı sayılan bir teşkilat veya kuruluş tarafından finanse edilen bir ziyaret vesilesiyle diğer âkit Devlet'in bir mukimi tarafından icra ediliyorsa, sağlanan bu gelirler, yukarıda 1 nci fıkrada anılan Devlet'te vergilendirilmez.

#### Madde 18

##### Emekli maaşları

19 uncu maddenin 1 inci fıkra hükümleri saklı kalmak üzere, bir âkit Devlet mukimi bir kişiye evvelce görülen bir hizmet dolayısıyla ödenen emekli maaşları ve diğer benzeri istihkaklar, ancak bu Devlet'te vergilendirilir.

#### Madde 19

##### Kamu görevleri

(1) Bir kişiye, bir âkit Devlet'e veya bir siyasi bölümüne, bir mahallî idareye gördüğü kamu görevi mahiyetindeki hizmet karşılığında bu âkit Devlet veya bir siyasi bölümü veya bir mahallî idare tarafından doğrudan veya bunlarca

bietskörperschaft in Ausübung öffentlicher Funktionen erbrachten Dienste gezahlt werden, dürfen in diesem Staat besteuert werden.

(2) Auf Vergütungen oder Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer kaufmännischen oder gewerblichen Tätigkeit eines der Vertragsstaaten oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, finden die Artikel 15, 16 und 18 Anwendung.

#### Artikel 20

##### Studenten und Professoren

(1) Zahlungen, die ein Student oder Lehrling, der Staatsangehöriger eines Vertragsstaates ist und sich in dem anderen Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, werden in dem anderen Staat nicht besteuert, sofern ihm diese Zahlungen aus Quellen außerhalb des anderen Staates zufließen.

(2) Vergütungen, die ein Professor oder Lehrer bezieht, der Staatsangehöriger eines Vertragsstaates ist und der sich in dem anderen Vertragsstaat zur Ausübung einer Lehrtätigkeit oder wissenschaftlicher Forschung aufhält, werden in diesem anderen Staat nicht besteuert, vorausgesetzt, daß sich der Professor oder Lehrer dort nicht dauernd aufhält und diese Vergütungen aus Quellen außerhalb dieses anderen Staates stammen; diese Bestimmung gilt auch für Personen, die Staatsangehörige eines Vertragsstaates sind und sich in dem anderen Vertragsstaat zur Ausübung wissenschaftlicher Forschung aufhalten.

(3) Vergütungen aller Art, die für eine insgesamt 183 Tage im Jahr nicht übersteigende unselbständige Arbeit von Studenten oder Lehrlingen bezogen werden, die Staatsangehörige eines der beiden Vertragsstaaten sind und sich aus diesem Staat in den anderen Vertragsstaat begeben haben, um eine praktische Ausbildung im Zusammenhang mit ihren Studien oder ihrer Ausbildung zu erhalten, sind in dem Vertragsstaat, in dem diese unselbständige Arbeit ausgeübt wird, von der Steuer befreit.

#### Artikel 21

Nicht ausdrücklich erwähnte Einkünfte

(1) Einkünfte, die ihre Quelle in einem Vertragsstaat haben, dürfen in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß dieses Abkommen eine anderslautende Bestimmung enthält.

(2) Einkünfte, die aus Quellen außerhalb der beiden Vertragsstaaten stammen, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Empfänger dieser Einkünfte ansässig ist, sofern

kurulmuş fonlardan ödenen emekli maaşları ve istihkaklar o Devlet'te vergilendirilebilir.

(2) Âkit Devletler'den biri veya onun siyasi bölümleri ile mahallî idarelerden biri tarafından yürütülen ticari veya sınıfl bir faaliyet çerçevesinde görülen bir hizmet karşılığı ödenen istihkaklarla emekli maaşlarına, 15, 16 ve 18 inci maddeler hükümleri uygulanır.

#### Madde 20

##### Öğrenci ve öğretmenler

(1) Bir âkit Devlet'in uyruğu ve diğer âkit Devlet'te yalnızca öğrenim veya mesleki yetiştirme için geçici olarak bulunan bir öğrenci veya stajyerin geçimi, öğrenimi veya mesleki yetiştirme ile ilgili masraflarını karşılamak üzere aldığı paralar, bu diğer âkit Devlet'in dışında kalan kaynaklardan sağlanmaları şartıyla, bu diğer Devlet'te vergilendirilmez.

(2) Aynı şekilde, bir âkit Devlet uyruğu olan ve diğer âkit Devlet'te öğrenim ve bilimsel araştırmalar yapmak amacıyla bulunan bir öğretmen veya öğretim üyesinin, öğretim veya araştırma karşılığı aldığı istihkaklar, bu bulunmaları daimî bir mahiyet almak ve bu alınan istihkaklar bu diğer Devlet dışındaki kaynaklardan gelmek kaydıyla, bu diğer Devlet'te vergilendirilmez; bu hüküm, bir âkit Devlet uyruğu olan ve diğer âkit Devlet'te bilimsel araştırmalar yapmak amacıyla bulunan şahıslara da uygulanır.

(3) İki âkit Devlet'ten birinin uyruğu olan ve öğrenimi veya mesleki yetiştirme ile ilgili tabiki bilgiler edinmek amacıyla bir yıl zarfında 183 günü aşmayan bir süre veya süreler için bu âkit Devlet'ten ayrılıp diğer âkit Devlet'e giden öğrenci veya stajyerlerin bir hizmet karşılığı aldığı her nevi istihkakları, bu hizmetin görüldüğü âkit Devlet'te vergiden müstesna tutulur.

#### Madde 21

##### Anlaşmada açıkça belirtilmeyen gelirler

(1) Bu Anlaşma'da farklı bir hüküm bulunmadıkça, kaynağı bir âkit Devlet'te bulunan gelirler, bu Devlet'te vergilendirilir.

(2) Her iki âkit Devlet'in dışındaki kaynaklardan doğan gelir unsurları, bu Anlaşmanın önceki maddeleri uyarınca diğer âkit Devlet'te vergiye tabi olmamaları şartıyla, ancak, bu gelirleri elde

sie nicht auf Grund der vorhergehenden Artikel dieses Abkommens in dem anderen Vertragsstaat besteuert werden dürfen.

#### Artikel 22

##### Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 darf in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte eines Unternehmens darstellt oder das zu einer der Ausübung eines freien Berufes dienenden festen Einrichtung gehört, darf in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung befindet.

(3) Schiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Sitz des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

#### Artikel 23

##### Vermeidung der Doppelbesteuerung

(1) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Person Einkünfte — mit Ausnahme von Einkünften, die unter Absatz 2 fallen — oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in dem anderen Vertragsstaat besteuert werden, so nimmt der erstgenannte Staat diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus. Diese Befreiung beschränkt nicht das Recht eines der beiden Vertragsstaaten, die solcherart befreiten Einkünfte oder das solcherart befreite Vermögen bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen.

(2) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Person Einkünfte, die nach den Artikeln 10, 11, 12, 13 Absatz 3 und 14 Absätze 3 und 5 in dem anderen Vertragsstaat besteuert werden dürfen, so rechnet der erstgenannte Staat auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der in dem anderen Vertragsstaat gezahlten Einkommensteuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die Einkünfte entfällt, die in dem anderen Vertragsstaat besteuert werden dürfen.

(3) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Zinsen oder Lizenzgebühren aus der Türkischen Republik und werden diese Zinsen oder Lizenz-

eden kişinin mukim bulunduğu âkit Devlet'te vergilendirilir.

#### Madde 22

##### Servet

(1) 6 ncı madde'nin 2 nci fıkrasında tanımlanan gayrimenkul mallardan teşekkül eden servet, bu malların bulunduğu âkit Devlet'te vergilendirilir.

(2) Bir teşebbüse ait bir işyerinin aktifine dahil menkul mallardan veya bir serbest meslek icrasında kullanılan bir sabit çalışma yerini teşkil eden menkul mallardan teşekkül eden servet, işyerinin veya sabit çalışma yerinin bulunduğu âkit Devlet'te vergilendirilir.

(3) Uluslararası seyrüseferde işletilen deniz ve hava taşıtları ile bunların işletilmesine tahsis edilen menkul mallar, ancak teşebbüsün kanunî merkezinin bulunduğu âkit Devlet'te vergilendirilir.

(4) Bir âkit Devlet mukimi bir kişinin servetinin bütün diğer unsurları, ancak bu Devlet'te vergilendirilir.

#### Madde 23

##### Önleme usulleri

(1) Bir âkit Devlet mukimi, aşağıdaki 2 nci fıkrada belirtilen gelirler dışında ve bu Anlaşma hükümleri uyarınca diğer âkit Devlet'te vergilendirilen gelirler elde ettiği veya servet sahibi olduğu takdirde, ilk Devlet sözü geçen gelirleri veya serveti vergiden müstesna tutar. Bu istisna hükümleri vergi nisbetinin tayini esnasında iki Devletten birinin böylece istisna edilmiş olan gelirleri veya servet unsurlarını dikkate almak hakkını sınırlamaz.

(2) Bir âkit Devlet mukimi, bu Anlaşmanın 10, 11, 12 nci maddeleriyle 13 üncü maddesinin 3 üncü fıkrası ve 14 üncü maddesinin 3 ve 5 inci fıkrası uyarınca diğer âkit Devlet'te vergilendirilen gelirler elde etmesi halinde ilk Devlet diğer âkit Devlet'te ödenen gelir vergisine eşit bir miktarı, bu mukimin gelirlerinden aldığı vergiden mahsup eder. Bununla beraber, bu suretle yapılan mahsup diğer âkit Devlet'te vergilendirilen gelirlere tekabül eden ve mahsuptan evvel hesaplanan vergi kısmını aşamaz.

(3) Avusturya mukimi bir kişi, Türkiye Cumhuriyetinde doğan ve orada, Türk ekonomisinin gelişmesini teşvik amacıyla Türk mevzuat-



Vertragstaat hat, in dem anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben.

Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragstaat, den in dem anderen Vertragstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er den in seinem Gebiet ansässigen Personen gewährt.

(3) Die Unternehmen eines Vertragstaates, deren Kapital ganz oder teilweise, unmittelbar oder mittelbar, einer in dem anderen Vertragstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen in dem erstgenannten Vertragstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

#### Artikel 26

##### Verständigungsverfahren

(1) Ist eine in einem Vertragstaat ansässige Person der Auffassung, daß die Maßnahmen eines Vertragstaates oder beider Vertragstaaten für sie zu einer Besteuerung geführt haben oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach innerstaatlichem Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragstaates unterbreiten, in dem sie ansässig ist.

(2) Hält diese zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragstaates so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren. Erscheint ein mündlicher Meinungsaustausch für die Herbeiführung der Einigung zweckmäßig, so kann ein solcher Meinungsaustausch in einer Kommission durchgeführt werden, die aus Vertretern der zuständigen Behörden der Vertragstaaten besteht.

bir işyeri, aynı faaliyeti icra eden bu diğer Devlet teşebbüslerine nazaran daha gayrimüsaıt bir şekilde vergilendirilmez. Bu hüküm, bir âkit Devlet'i, maddî durum veya aile sorumlulukları dolayısıyla kendi mukimlerine tanıdığı şahsî indirimlerle vergi ve matrah indirimlerini, diğer âkit Devlet mukimlerine de tanımaya zorlayacak şekilde yorumlanamaz.

(3) Bir âkit Devlet'in sermayesi tamamen veya kısmen, doğrudan veya dolaylı olarak, diğer âkit Devlet'in bir veya birden fazla mukimi elinde veya kontrolünde bulunan teşebbüsleri, ilk âkit Devlet'te, bu Devlet'in aynı mahiyetteki diğer teşebbüslerin tabi olduğu veya olabileceğinden başka veya daha ağır hiç bir vergi veya bununla ilgili mükellefiyete tabi tutulamaz.

#### Madde 26

##### Sulh usulü

(1) Bir âkit Devlet mukimi, âkit Devletler'den biri veya her ikisi tarafından alınan tedbirlerin kendisi için bu Anlaşma'ya uygun olmayan bir vergilendirmeye müncer olduğu veya olacağı kanısına vardığı takdirde, bu Devletler'in millî mevzuatlarında öngörülen müracaat usulleriyle bağlı olmasızın, durumunu, mukimi bulunduğu âkit Devlet'in yetkili makamına arzedebilir.

(2) Bu yetkili makam, talebi yerinde bulmakla beraber kendisi tatmin edici bir çözüm getiremediği takdirde, Anlaşma'ya aykırı bir vergilendirmeyi önlemek amacıyla, diğer âkit Devlet'in yetkili makamı ile sulhen anlaşmaya gayret sarfedecektir.

(3) Âkit Devletler'in yetkili makamları, sulhen anlaşmaya riayetle, Anlaşma'nın yorumlanması veya uygulanmasından doğabilecek güçlükleri halle veya tereddütleri gidermeye çalışırlar.

(4) Âkit Devletler'in yetkili makamları, önceki fıkralarda gösterildiği şekilde bir anlaşma'ya varmak için, doğrudan kendi aralarında haberleşebilirler. Eğer şifahi görüş teatileri bu sulhen anlaşmayı kolaylaştırıcaksa, âkit Devletler'in yetkili makamlarının temsilcilerinden kurulu bir komisyonda görüş teatisi yapılabilir.

(5) Die Staatsangehörigen eines Vertragsstaates, die in dem anderen Vertragsstaat eine unselbständige Arbeit ausüben, können sich zur Regelung ihrer damit im Zusammenhang stehenden steuerlichen Angelegenheiten der Hilfe von Beamten bedienen, die von einer Behörde ihres Heimatstaates zu diesem Zweck in den anderen Vertragsstaat entsandt wurden. Die Rechte und Pflichten dieser Behörden und Beamten bestimmen sich nach den Rechtsvorschriften, die in diesem anderen Vertragsstaat für Bevollmächtigte gelten, die in gleichen Angelegenheiten tätig sind.

#### Artikel 27

##### Diplomatische und konsularische Beamte

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den diplomatischen und konsularischen Beamten nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Vereinbarungen zustehen.

#### Artikel 28

##### Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Ankara ausgetauscht werden.

(2) Dieses Abkommen tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft, und seine Bestimmungen finden Anwendung

- a) in der Türkischen Republik für alle Steuerzeiträume, die nach dem 1. Jänner des Jahres enden, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;
- b) in der Republik Österreich für Steuern, die für Jahre erhoben werden, die dem Jahr folgen, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist.

#### Artikel 29

##### Außerkräfttreten

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem der Vertragsstaaten gekündigt worden ist. Jeder Vertragsstaat kann das Abkommen auf diplomatischem Weg unter Einhaltung einer Frist von mindestens sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung

- a) in der Türkischen Republik:  
für alle Steuerzeiträume, die am oder nach dem 31. Dezember des Jahres enden, das dem Jahr der Kündigung folgt;
- b) in der Republik Österreich:  
für Steuern, die für Jahre erhoben werden, die dem Jahr der Kündigung folgen.

(5) Bir âkit Devlet'in diğer âkit Devlet'te bir hizmet faaliyeti ifa eden uyrukları, bu faaliyetlerle ilgili vergi mes'elelerinin halli için, kendi Devletleri'nin bir makamının bu maksatla diğer Devlet'e gönderdiği memurların yardımına başvurabilir. Bu makam ve memurların hak ve vecibeleri, diğer âkit Devlet'te vergi mükelleflerini temsile yetkili kişiler için geçerli hükümlere göre düzenlenir.

#### Madde 27

##### Diplomasi ve konsolosluk memurları

Bu Anlaşma hükümleri, diplomasi ve konsolosluk memurlarının, gerek devletler hukukunun genel kurallarına, gerek özel Anlaşmalar hükümlerine göre yararlandıkları vergi ayrıcalıklarını etkilemez.

#### Madde 28

##### Yürürlüğe girme

(1) Bu Anlaşma onaylanacak ve onay belgeleri, mümkün olduğu kadar çabuk, Ankara'da teati edilecektir.

(2) Anlaşma, onay belgelerinin teati tarihinden itibaren yürürlüğe girecek ve hükümleri:

- a) Türkiye Cumhuriyeti'nde Anlaşma'nın yürürlüğe girdiği yılı izleyen yılın 1 Ocak gününden sonra kapanan her vergilendirme dönemi için;
- b) Avusturya Cumhuriyetinde ise, Anlaşmanın yürürlüğe girdiği yılı izleyen yıllar için tahsil olunan vergilere uygulanacaktır.

#### Madde 29

##### Yürürlükten kalkma

Bu Anlaşma, âkit Devletler'den biri tarafından feshedilinceye kadar yürürlükte kalacaktır. Âkit Devletler'den her biri, Anlaşma'yı, her takvim yılının bitiminden en az altı ay önce diplomatik yoldan bildirmek suretiyle feshedebilir. Bu durumda, Anlaşma:

- a) Türkiye Cumhuriyeti'nde: ihbari izleyen yılın 31 Aralık günü veya sonrasında kapanan her vergilendirme dönemi için;
- b) Avusturya Cumhuriyetinde ise, ihbari izleyen yıllar için tahsil olunan vergilere uygulanmayacaktır.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten der beiden Staaten dieses Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen zu Wien, am 3. November 1970, in doppelter Urschrift, in deutscher und türkischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Republik Österreich:  
**Dr. Josef Hammerschmidt**

Für die Türkische Republik:  
**Rahmi Gümrükçüoğlu**

BU HUSUSLARI TEYİDEN, iki Devlet'in Tam Yetkili Temsilcileri, işbu Anlaşma'yı imzaladılar ve mühürlerini vaz'ettiler.

Almanca ve Türkçe dillerinde iki mûsha halinde ve her iki metin de aynı derecede muteber olmak üzere.

3. Kasım 1970 tarihinde Vıyana'da düzenlenmiştir.

Avusturya Cumhuriyeti adına:  
**Dr. Josef Hammerschmidt**

Türkiye Cumhuriyeti adına:  
**Rahmi Gümrükçüoğlu**

die verfassungsmäßige Genehmigung des Nationalrates erhalten hat, erklärt der Bundespräsident dieses Abkommen für ratifiziert und verspricht im Namen der Republik Österreich die gewissenhafte Erfüllung der darin enthaltenen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Ratifikationsurkunde vom Bundespräsidenten unterzeichnet, vom Bundeskanzler, vom Bundesminister für Finanzen und vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten gegengezeichnet und mit dem Staatssiegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, am 15. Juni 1971

Der Bundespräsident:  
**Jonas**

Der Bundeskanzler:  
**Kreisky**

Der Bundesminister für Finanzen:  
**Androsch**

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten:  
**Kirchschläger**

Die Ratifikationsurkunden zum vorliegenden Abkommen sind am 24. September 1973 ausgetauscht worden; das Abkommen ist somit gemäß seinem Art. 28 Abs. 2 am selben Tag in Kraft getreten.

**Kreisky**

The legislation is no longer in force